

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 39.

Sonnabend, den 26. September 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen. — Eine unerfreuliche Tagung. — Der gutbezahlte Flottenpatriotismus. — Statistik der Zahlstelle Straßburg. — Tarifabschluß in Crailsheim. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Adressenänderungen. — Quittung. — Anzeigen.

Beilage: Angenehme Zeitgenossen. — Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1907. III. — Der italienische Gewerkschaftskongress. — Korrespondenzen. — Literarisches.

Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Bielefeld: Firma Kronenberger. — Mühlhausen (Elsaß): Blag Alersj. — Kreuznach (Bad): F. R. Köbig. — Hagen i. Westf.: Firma Klipper. — Lauban i. Schles.: Firma Donath. — Goldbach i. Schles.: Firma Kollmeyer. — Bad Aibling: Marmorwerk. — Porta i. Sachsen: Firma Karl Sparmann u. Ko.

Metten u. Blumberg. Bei der Bayrischen Granit-Altien-Gesellschaft dauert der Streik weiter.

Mainz. Der Streik der Marmorarbeiter dauert unverändert weiter.

Martleuthen. Die Firma Gebrüder Bates hat unsere Kollegen ausgesperrt, weil sie sich weigerten, aus dem Verbandsauszutreten.

Offenbach. Der Streik dauert fort.

Söbelen. Der Streik ist beendet. Es wurde ein Tarif bis zum 31. März 1910 abgeschlossen.

Rüthen (Westfalen). Die Sperre ist aufgehoben.

Bredeneck und Hamelspringe a. Deister. Da die Firma Chr. Mensing jede Unterhandlung über Einführung eines Tarifes ablehnte, haben die Kollegen in beiden Brücken die Arbeit niedergelegt und sind zum größten Teil abgereist.

Münster (Westfalen). Sämtliche Steinhauer, Dreher und Tagelöhner der Firma Lechnau stellen die Arbeit ein infolge Lohnreduzierung von 10 bis 12 Prozent.

Oesterreich. Differenzen bestehen in Vodenbach, Kamnitz, Heinrichsgrün, Gorkau, Schwarzbrunn, Neuhaus, Wien und Deutsch-Altenburg.

Schweiz. Gesperret sind für Sandsteinhauer die Orte: Ageri, Menzingen, Mägenwil, Döhrmaringen, für Kunststeinarbeiter: Chaug-de-Fonds, Korschach sowie für Marmorarbeiter: Goldach.

Ungarn. Sopron, Fiume und Eszék sind gesperret.

Eine unerfreuliche Tagung.

„Solange ich die Zunge und Feder rühre, werde ich jeder Gefahr, der Partei durch unnütze, aufregende Diskussionen zu schaden und sie zu zerrütten, mit äußerster Entschiedenheit entgegenzutreten. Ich denke, wir haben in vierzigjähriger Parteigeschichte genug gelernt.“
(Der Abg. Frohne auf dem Parteitag.)

Mit dem Verlaufe des Münberger Parteitags sind wir recht unzufrieden. Vor 40 Jahren fand im dortigen Rathhausaal unter dem Vorsitz von Bebel und Löwenstein der erste Arbeiterverein statt. Der Weg der Einigung wurde laut gepriesen und auch beschritten. Nach vier Jahrzehnten aber tagt in Münbergs Mauern die stark herangewachsene Sozialdemokratie und viele der gehaltenen Reden ließen das Einigkeitsgefühl leider sehr stark vermissen. Allerdings seit 8 Wochen hatte sich über die Partei eine starke dunkle Wolke zusammengeballt, und durch diese konnte auch beim Zusammentritt des Parteitags, an welchem nicht weniger als 377 Delegierte teilnahmen, kein Sonnenstrahl hindurchdringen; denn die gegenseitige Erregung war geradezu lawinenartig angeschwollen.

Die vom Parteivorstand vorgelegene Tagesordnung lautete:

1. Geschäftsbericht des Vorstands, a) Allgemeines, b) Organisation, und zwar: 1. Frauenorganisation, 2. Jugendorganisation. Berichterstatter: S. Müller-Berlin. c) Kasse und Presse. Berichterstatter A. Gerisch-Berlin. d) Bildungsausschuß. Berichterstatter Heinrich Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter A. Raben.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter E. Eichhorn.
4. Maifeier. Berichterstatter R. Fischer.
5. Budgetbewilligung und Lübecker Resolution.
6. Sozialpolitik und neuer Kurs. Berichterstatter S. Wolfenbühr.
7. Die Reichsfinanzreform. Berichterstatter F. Geher.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstands, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Ueber den Geschäftsbericht haben wir in der Nummer 37 einige Monitas auszusprechen gehabt; wir wollen heute nicht mehr weiter darauf eingehen. Anerkannt wurde, daß die Parteischule in Berlin sich sehr bewährt hat und daß ein vorzügliches Lehrmaterial dort unterrichtet. Der parlamentarische Bericht wurde ohne größere Einwendung entgegengenommen; die Angelegenheit der Budgetbewilligung wurde ja besonders behandelt. Ueber

die Maifeier referierte wieder der Abg. Fischer-Berlin. Er vertrat diesmal in sehr einsichtiger Weise den gewerkschaftlichen Standpunkt, indem er besonders pointiert hervorhob, in welche schwierige Lage die Gewerkschaften durch die Maifeier sehr oft gedrängt werden. Er empfahl das bekannte Abkommen, das Parteivorstand und Generalkommission getroffen hatten, anzunehmen. Aber gegen dieses Abkommen wurden scharfe Reden gehalten und meistens von Genossen, die von der Maifeier recht herzlich wenig verstehen. Aber so mancher glaubte sein Köhlein gegen die Gewerkschaften auf dem Parteitag wieder vorzulegen zu müssen, und trotzdem die Attiden recht miserabel waren, dem Parteivorstand wurde eine Schlappe beigebracht; seine mit der Generalkommission vereinbarten Vorschläge wurden verworfen. Es gibt ja in der Partei Leute, die alles verworfen, wenn bei einem Abkommen die Generalkommission die Hand im Spiele hat. Sie läppeln dann davon, daß sich die Parteileitung dem „Diktum“ der Generalkommission zu unterwerfen hätte. Es muß dann jeder, der noch ein radikal schlagendes Herz säuberlich im Busen trägt, das Abkommen zu unterminieren versuchen. Die Leipziger Volkszeitung vom 21. September schreibt recht wohlgenut:

Ebenso erfreulich ist auch die Entscheidung, die der Parteitag über die Regelung der Maifeier getroffen hat. Dadurch, daß er dem Abkommen, das Parteivorstand und Generalkommission über die Maifeier getroffen, die Zustimmung verweigert, hat er ausgesprochen, daß er für keine Abschwächung dieser Welt demonstration zu haben ist.

Diese Stillübung besagt natürlich nichts anderes, als daß die Kosten für die Maifeier die Gewerkschaften in echt brüderlicher Liebe — allein zu tragen haben. Das war ja das A und das D der Parteitagsredner. Wir bedauern, daß der Parteitag seinen Vorkand im Stiche ließ. Wir erleben nun das unerquickliche Schauspiel, daß die Maifeierdebatten jahraus, jahrein in der Arbeiterbewegung durch solche Beschlüsse gepflogen werden müssen. Die Unternehmer sind die Veranlagten und freuen sich weiblich solcher Ungeschicklichkeit. Den Massen muß durch das ewige Aufrollen dieser Frage die Feier direkt verfehlt werden, und weiter kommt auch bei ihnen zum Durchbruch, daß ein Beschluß, an dem immer herumgedokkelt werden muß, und sich viele Kurpfuscher redlich bemühen, ihre Kunst zu zeigen, auf die Dauer nicht durchführbar sein wird.

Eine große Nebenentscheidung wurde gefaßt bei dem Punkt Budgetbewilligung. Die Bayern, Wadener und Württemberger waren die Sünder. Der Redaktor goß sich 2½ Tage hin, und es kam öfters — was wir recht lebhaft bedauern — zu stürmischen, unerquicklichen Szenen. Debatten, die mit einer solchen Schärfe und gegenseitigen persönlichen Verunglimpfung gepflogen werden, bedeuten für die große sozialdemokratische Partei mehr als keine Ehre. Die Sozialarbeiter-Zeitung schrieb in ihrer Nummer, die Frage der Budgetbewilligung berühre die Interessensphäre der Gewerkschaften nicht. Nachdem in Nürnberg die Budgetangelegenheit zu standalösen Vorgängen führte, erachten wir es sogar für dringend nötig, auch hierzu im Verbandsorgan unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen. Hätte uns nicht wieder ein heimtückisches Leiden unerwartet auf das Krankenbett geworfen, wir wären mit unserm Mandat nach Nürnberg gegangen, um die Budgetbewilligung zu verteidigen. Das war, nachdem wir die Ergebnisse der bayrischen Landtags-sesssion eingehend studierten, unser fester Vorsatz. — Aber die Freunde der Budgetbewilliger haben recht ungeschickt operiert mit dem immerwährenden Hinweis, daß sie sich ein eventuelles Tadelsvotum unter keinen Umständen gefallen ließen, daß sie ferner vor einer Spaltung der Partei nicht zurückschrecken würden. Dadurch verletzten sie sich viel Sympathien.

Der Landtagsabgeordnete Timm-München meinte: „Die Resolution ist für uns unannehmbar. Hier gibt es keine Unterwerfung, sondern nur den entschiedenen Widerstand.“

Die übrigen Referenten, Dr. Frank und Hildenbrand, gaben so ziemlich die gleichen Erklärungen ab. Nein, eine solche Drohung hätten wir ebenfalls in der schärfsten Weise bekämpft. Die Süddeutschen konnten wegen der geleisteten Arbeit in den einzelnen Landtagen ruhig das Veto des Parteitages über sich ergehen lassen, aber die gemachten Drohungen wurden recht peinlich empfunden. Was heute auf dem deutschen Gesamtparteitag angekündigt wurde, das kann im nächsten Jahre unsern bayrischen Genossen auf ihrem Landesparteitag passieren. Der Fall kann ganz leicht konstruiert werden. Die bayrischen Genossen sind in irgendeinem Punkte — betrifft es die Steuerangelegenheit, die Schulfrage, die Rechtspflege usw. — mit der Haltung der Fraktion nicht einverstanden, dann erklärt diese einfach über die Köpfe der Genossen hinweg: „Was ihr heischließt, gilt für uns Abgeordnete nicht, wir fügen uns nicht.“ Das wären nette Gesichten, wenn unsre Parlamentarier eine solche Ausnahmestellung eingeräumt erhalten sollen. Mit diesen Drohungen können sich die Genossen unter keinen Umständen einschüchtern lassen. Wenn den Abgeordneten dieser Trick einmal geklärt ist, dann verlangen sie sehr oft, daß die Genossen durch das laubische Nöckchen marschieren müssen.

Der Stuttgarter Delegierte Westmeyer, der sich in der süddeutschen Minderheit befand, hat diesbezüglich so treffende Ausführungen gemacht, daß wir sie im vollen Wortlaut wiedergeben.

Westmeyer sagte: Timm hat erklärt, die Vorstandsresolution sei unannehmbar; wird sie angenommen, so unterwerfen wir bayrischen Parlamentarier uns dem Willen des Parteitages nicht. (Hört, hört!) Das war der Kern seiner Ausführungen. Der Sprecher der badischen Landtagsfraktion hat im Grunde das gleiche erklärt und der der württembergischen hat die vollständige Solidarität dieser Fraktion mit der bayrischen und badischen verkündet. Ich weiß nicht, ob Hildenbrand nur für die hier anwesenden Parlamentarier oder für die ganze Fraktion diese Erklärung abgegeben hat. Unwesend sind: Gehmann, Fischer, Reichel, Schlegel, Feuerstein und Keil. Diese Erklärung, wir fügen uns der Mehrheit des Parteitages nicht, wenn sie gegen uns entscheidet, wird abgegeben, obgleich es sich nach der Meinung Ulrichs bloß um das Sachbündel handelt. Es ist geltend gemacht worden, daß die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten ihre Zustimmung direkt oder schwei-

gend zu dem Verhalten der Fraktion gegeben habe. Danach könnte es scheinen, als ob die württembergischen Parteigenossen hinter der Landtagsfraktion ständen. Ich glaube doch, das ist ein Irrtum. Wie war die Sache? Als die Genossen in Württemberg dem Budget zugestimmt haben, hat es in mehreren Versammlungen in Stuttgart heftige Diskussionen gegeben. Es wurde eine Tadel- und eine Vertrauensresolution eingebracht. Der Abgeordnete Hildenbrand stand auf und erklärte: „Wenn die Tadelresolution angenommen wird, lege ich mein Mandat nieder.“ (Lebhaftes Hört, hört!) (Gegenrufe von den Süddeutschen: Das ist doch selbstverständlich!) Durchaus nicht. Ich möchte Gehmann sagen, daß den Parteigenossen stets das Recht vorbehalten bleiben muß, über die Abstimmung der Parlamentarier zu entscheiden. (Stürmischer Beifall.) Ich möchte der Anshawung entgegenreten, daß die Parlamentarier über der Partei stehen. (Stürmischer Beifall; lebhaftes Gegenrufe von den Vätern der Süddeutschen.) Genosse Ulrich! Ich lasse mich durch Ihre Zwischenrufe, auch wenn sie schon organisiert sind, nicht stören. (Lebhafter Beifall.) Auf der Landesversammlung in Göttingen ist ebenfalls eine Tadel- und eine Vertrauensresolution eingebracht worden. Dort stand der Abgeordnete Lindemann, der Sprecher der Fraktion, auf und erklärte: „Die Tadelresolution ist für uns unannehmbar.“ (Zuruf: Derselbe Trick wie hier!) „Wir verzichten auch auf die Vertrauensresolution.“ Das war ungefähr der Sinn. Nun hatten wir drei schwere Wahlkämpfe hinter uns: Reichstags-, Landtags- und Gemeinwahlen. Da schredten die Parteigenossen natürlich vor einem Konflikt zurück und lehnten die Tadel- und die Vertrauensresolution ab. Ich behaupte, die Frage ist unerschieden geblieben durch diese Taktik. Man hat also kein Recht, sich auf die Zustimmung der württembergischen Parteigenossen zu berufen. Frank, Timm und Hildenbrand haben in beweglichen Tönen uns beschworen, sie erst zu hören, und dann zu urteilen. Aber dieselben Genossen treten vor den Parteitag mit einem fertigen Urteil: Wir nehmen Euren Beschluß nicht an, wenn Ihr nicht so beschließt, wie wir wollen. (Lebhaftes Hört, hört!) Ist das noch Demokratie? In tränenreichen Beteuerungen und Erklärungen hat Genosse Frank erklärt: Parteigenossen, zerreißen Sie doch die Einheit der Partei nicht! Jeder ehrliche Parteigenosse wird mit voller Kraft dafür wirken, daß die Einheit der Partei erhalten bleibt. Sie aber glauben, sie kann nur erhalten bleiben, wenn sich die Mehrheit Ihnen unterwirft. (Stürmischer Beifall.) Es ist uns erzählt worden (Zuruf: Erzählt?) — gut, es ist uns gesagt worden, daß viel, sehr viel erreicht worden ist in Bayern und in Baden: Lohnerschöpfung sind durchgesetzt, die staatsbürgerliche Gleichheit hat man, selbst der Minister v. Wehner — Antonius von Unterhachingen nennt ihn die Münchner Post — kann Mitglied der sozialdemokratischen Partei werden. (Große Heiterkeit.) In Baden dürfen sogar sozialdemokratische Zeitungen auf den Bahnhöfen verkauft werden (Heiterkeit), in Bayern und Württemberg auch. Diese farbenprächtigen Schilderungen können aber doch nicht verhindern, daß auch zur Zeit noch Tausende und Abertausende in Bayern, Baden und Württemberg auf dem Pflaster liegen und nicht wissen, woher sie Brot nehmen sollen. So sieht die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aus. (Beifall.) Es ist uns vorgefungen worden von Münberger Sängern hinaus in den Festsaal:

Was ihr hebt ans Tageslicht,
Schätze sind es für den Wicht,
Was ihr kleidet und beschützt,
Tritt auf euch voll Uebermut!

Das ist die staatsbürgerliche Gleichberechtigung! Kaum jemals ist der Machtkelch der Unternehmer, der Bourgeoisie, der Terrorismus dieser Klasse so stark gewesen wie gerade in dieser Zeit. Die besten Partei- und Gewerkschafts Genossen fliegen auf die Straße, werden dem Hunger übergeben, und dann predigt man noch dieses! Einigkeit und Geschlossenheit der Partei ist sicherlich notwendig. Aber merkwürdig nehmen sich diese Klagen des Genossen Frank aus, angesichts der Tatsache, daß sich neben dem Parteitag ein anderer süddeutscher Parteitag konstruiert hat, ein Parteitag, zu dem nur die Budgetbewilliger geladen werden, während diejenigen, die nicht für das Budget zu haben sind, ausgeschlossen werden (Hört, hört!), sowohl Abgeordnete wie auch Delegierte. Stuttgart zählt 5600 organisierte Parteigenossen. Es war nicht vertreten. Der zweite Württemberger Wahlkreis zählt 3600 Organisierte, er war ausgeschlossen. (Hört, hört!) Aus Göttingen mit 1500 Genossen hat man keinen Delegierten zugelassen, wohl aber die drei Delegierten des Keutlinger Wahlkreises mit seinen 475 Genossen. (Hört, hört!) Das waren die Abgeordneten Gehmann, Reichel und Eugenheim, die repräsentierten Württemberg. (Heiterkeit.)

Wir haben die Ausführungen Westmeyers hierhergeführt, um den Kollegen zu zeigen, mit welcher Vehemenz die Mehrzahl der Süddeutschen ihren Kopf durchsetzen wollte. Und da müssen wir sagen, das Vorgehen der Süddeutschen auf dem Parteitag muß als unerlich bezeichnet werden. — Als wir die Rede Westmeyers lasen, fiel uns für die Budgetgegner der Vers ein:

Wir lassen uns gern barbieren,
Doch nur mit Geschick und Zug,
Und wollt ihr uns tyrannisieren,
So macht es mindestens Klug.

Diese Tyrannisierung war beabsichtigt und das ist es, was uns mit Bedauern erfüllt. Wenn eine Minderheit in der Partei sich eine solche Skrupellosigkeit erlauben will, dann kann morgen im Gewerkschaftsleben dieselbe Theorie aufgestellt werden. Seht, Kollegen, ein ganz verhängliches Spiel.

Partei- und Gewerkschaftsbeamte unterziehen der Kritik ihrer Auftraggeber, die Parlamentarier der Kontrolle der Partei. Parteitagresolutions, auch wenn sie ein Tadelsvotum enthalten, gelten nicht nur für die einfach schlichten Genossen — nein auch diejenigen, die mit dem Dekorum der Abgeordnetenwürde bekleidet sind, haben sich zu fügen. Glauben die süddeutschen Landtagsabgeordneten, daß die Lübecker Resolution für ihre Tätigkeit eine Kränkel am Bein sei, dann mag auf den Parteitag auf die Aufertürzung genannter Resolution hingewirkt werden. Das ist der einwandfreie Weg, welcher zu beschreiten wäre.

Ein Charakteristikum der süddeutschen Genossen war das geäußerte Wort: „Wir haben ganz andre politische Verhältnisse.“ Durch das föderative Staatensystem mag das zutreffend sein. Ob aber schon um deswillen auf die Dauer die Budgets bewilligt werden sollen, erscheint uns als sehr bedenklich und höchst faul. Auch unsere Kollegen — kommen in Verbandsangelegenheiten sehr gern mit demselben Einwurf: „Ihr kennt unsre Verhältnisse nicht.“ Beschäftigen wir uns doch kurz damit. Wie liegen die Dinge. Es wäre eine große Dummheit, wenn die Verbandsleitung die süddeutschen — Unternehmern liebevoller einschätzen würde, als die norddeutschen. Das müßte ein jeder Süddeutsche zur Genüge wissen, daß ihre Unternehmern recht rabiate und scharfmacherische Kerle sind. Unse Streiks dauern im Süden länger wie im Norden. Der bayerisch-schwäbische Unternehmerstadel ist von einer besonderen Güte und Dide. Als Beweis führen wir die mächtigen Kämpfe unsrer Kollegen der letzten Jahre im Süden an. Der achtwöchige Streik im Fichtelgebirge, Beteiligung 800 Mann, der Streik im Würzburger Gebiet, Dauer 16 Wochen, Beteiligung 700 Mann. Als besondere Ereignisse 15 Jahre Gefängnis wegen Landfriedensbruch — Die 15wöchige Aussperrung der 300 Kollegen im Odenwald, es wurde ihnen das Koalitionsrecht geraubt, der 20wöchige Kampf in München, der gewaltige Streik der 200 Kollegen in Ebelbach, der 17wöchige Kampf in Dürkheim, an welchem 173 Verbandsmitglieder beteiligt waren. Wir erinnern noch an die großen Streiks im Schwarzwald und Blaubeurg. Mit einem Wort, das Unternehmertum „da unten“ ist heimtückischer und machthaberischer, als wie im Norden. — In unsrer Registratur füllten sich die Aktenbündel, es wird recht oft die Gewährung von Rechtsschutz verlangt, ein Beweis, daß die Justiz nicht allzu leicht besaitet ist. — Wenn bei unsren Kämpfen im Norden schon ein Kanonenschuß genügt, um etwas zu erreichen, dann müssen wir in Süden schon aus einem Riesenschloß feuern, um dieselbe Errungenschaft einheimen zu können. Unse Kollegen werden wohl den Sinn dieser Andeutung verstehen —

In Bayern regiert das Zentrum und wahrscheinlich auf ewige Zeiten. Für unsre Genossen ist das für die Zukunft gerade kein allzu großer Hoffnungsstimmer, denn da Unwahrscheinlichkeit sich der Vers von Grillparzer:

Ihr seid die Minister,
Ihr ministriert,
Ich (das Zentrum) bin der Priester,
Der konsekiert. —

Und in Anbetracht dieser Situation kann keine Rede sein, daß auf die Dauer den schwarzen Herren das Budget in aller Form genehmigt wird.

Die heiße Debatte um die Budgetbewilligung fand erst am Freitag morgen ihr Ende, nachdem noch zwei Diskussionsredner und zwei Referenten in ihrem Schlusswort den Faden der letzten Tage fortgesponnen hatten; dann trat der Parteitag unter ungeheurer Spannung in die Abstimmung ein. Der Antrag Schöpfers, der die Budgetbewilligung ein für allemal und ohne jede Ausnahme verbietet, fiel mit großer Mehrheit. Die Entscheidung lag in der namentlichen Abstimmung um den Vermittlungsantrag Frohne, der die Lübecker Resolution bestehen läßt, den Süddeutschen aber aufgibt, sich in zukünftigen Fällen der Auslegung dieser Resolution mit dem Parteivorstand und ihren Organisationen zu verpflichten. Für diesen Antrag erklärten auch die Süddeutschen ihre Stimme abgeben zu wollen.

Der Antrag Frohne fiel mit 160 gegen 217 Stimmen. Nun blieb noch die Resolution des Parteivorstands, die eine Verschärfung des bisherigen Zustands bedeutet. Sie lautet:

Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die aussprechen, daß der Staat, so lange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der heillosen Volksmassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist, daß jede Volkspartei des „Entgegenkommens“ an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtstimmabgabe über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtstimmabgabe zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsre Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der heillosen Volksmasse, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht. Die arbeitende Klasse immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerlässliche Aufgabe unsrer agitatorischen Arbeit.

Diese Resolution, welche die Budgetverweigerung zum Prinzip erhebt und nur den einen Ausnahmefall vom kleineren Uebel zuläßt, nahm darauf der Parteitag mit 258 gegen 118 Stimmen an.

Wir glauben nicht, daß damit der Streit erledigt ist, die Zukunft aber wird uns allen den gangbaren, unerschütterlichen Weg zeigen, welchen das Proletariat gegenüber den herrschenden Gewalten einzuschlagen hat. Recht unzufrieden gebärdet sich aber schon die Leipziger Volkszeitung in Nr. 218, indem sie darauf verweist, daß die „Gewerkschaftsbeamten“ (sic) Elm, Güé, Legien, Schmidt, Bömelburg, Reichel, Sachse, Breh und andre, sowie auch die Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten für die Frohne'sche Resolution gestimmt hätten. Hoffentlich will damit die Leipziger Volkszeitung den Kravall nicht schon wieder postnumerando beginnen. Ein solches Gebaren hat die überaus große Mehrheit der Partei satt, in Nürnberg haben sich die meisten Redner auch in diesem Sinne unter lebhafter Zustimmung ausgesprochen. Wir schließen uns dem völlig an. Die Leipziger Volkszeitung hat nicht notwendig, ihre Tendenz zu ändern, aber deshalb kann sie doch so kämpfen, daß sie das Präbikat fair einheimst. Mit den burschikosen Stillübungen allein ist nichts getan.

Bei der Budgetberatung wurde von den Süddeutschen sehr mit Recht das System der gebundenen Mandate, welches bei der Beschädigung zu diesem Parteitag besonders im Norden recht in Flor war, gerügt. In Gewerkschaftskreisen würde es als jämmerlich aufgefaßt, wenn man zu Verbandstagen gebundene Mandate ausstellen würde. Die Süddeutschen folgerten nicht mit Unrecht, unser ganzes Reden nützt uns nicht, die starren Reinsager dürfen sich nicht befehlen lassen. Beschämend war es, wie etliche größere Parteizeitungen das System der gebundenen Mandate mit großem Präsenzkavall verteidigten. Anklagen und gleich das Urteil fällen, ohne den Angeklagten gehört zu haben, ist terroristisch. Süben und drüben wurden, Reil-Stuttgart jagte unerhörte, Fehler begangen. Man wollte sich gegenständig nicht so richtig verstehen. Vubenhast war das Benehmen des Münchner Delegierten Nimmerfall, der Genossen Segiß ins Ohr flüsterete, er hätte auf der Treppe erlauscht, Bebel dürfe das Schlusswort nicht halten, sein Referat war zu friedlich gewesen, andre Schauergerüchten setzte er noch hinzu. Segiß, der alte Nürnberger Führer, trat entrüstet mit diesem Tratsch aufs Podium und verkündete, was man alles mit den Süddeutschen vorhätte. Ein großer Tumult entstand. Bebel und Ebert, beide vom Parteivorstand, stellten den Nimmerfall

bloß, Segiß aber war wohl der am meisten zu Bedauernde. Der Münchner Delegierte hat seinem Namen und seiner Ehre einen schlechten Dienst erwiesen. —

In einer äußerst interessanten Rede sprach der Reichstagsabgeordnete Mollenbuh über das wichtige Thema: Die Sozialpolitik und der neue Kurs.

Mollenbuh wies nach, daß die Sozialpolitik gerade für die Sozialpolitik, den Prüfstein fortschrittlicher Entwicklung, äußerst ungenügend sei. Das Großunternehmertum habe die Kosten der Sozialpolitik aufgebracht, natürlich nicht, um Sozialpolitik zu fördern. Die kolossale Konzentration des Kapitals gerade in der Schwerindustrie habe nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Einfluß des Unternehmertums gestärkt. Ein Zeichen des Arbeiter- und sozialreformfeindlichen Treibens des Unternehmertums sei des Professor Tille höchst bemerkenswerter Versuch, durch Schaffung einer reinen Großindustriellenpartei den reaktionären, sozialpolitisch bremsenden Einfluß dieser mächtvollen Unternehmerrgruppen zu steigern. Und doch ermögliche die gewaltig gestiegene Produktionskraft, sowie die unerhörte Preissteigerung durch Kartelle und Syndikate die Erhöhung der niedrig gebliebenen Löhne, speziell auch die Einführung des Achtstundentags.

Der Redner geißelte weiter die sozialpolitische Heuchelei der bürgerlichen Parteien, speziell des Zentrums, namentlich sein heuchlerisches Trugspiel mit der Witwen- und Waisenversicherung. Er formulierte sodann die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen des Augenblicks: eine wirklich durchgreifende ernsthafte Witwenversicherung, die Ausdehnung der Versicherungsgeze auf die Landarbeiter, Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts, Sicherstellung des Anteils der Arbeiter an Wohlfahrtsanstalten usw.

Der alte Kämpfer erhielt für seine lichtvollen Darstellungen stürmischen Beifall. Für die Süddeutschen hatte das Referat infolgedessen eine besondere Bedeutung, weil glänzend nachgewiesen wurde, wie der Moloch Kapitalismus gegen jede fortschreitende Sozialpolitik Sturm läuft. In der Debatte beteiligten sich zu diesem Punkte noch die bekannten Genossen Hoch, Sachse, Dr. Duard und Müller.

Zur Jugendorganisation wurde die Parteivorstandsresolution, die auch der Gewerkschaftslogenresolution entspricht, mit einer dementsprechenden „Deklaration“ angenommen. Hier müssen wir doch die Stellung der Parteipresse etwas unter die Lupe nehmen. Nach Annahme der Hamburger Resolution ging es durch den Blätterwald der Partei, die Gewerkschaftler haben zu der Frage der Jugendorganisation eine recht philisterhafte Stellung eingenommen. Die Parole hierzu gab in alter Gewohnheit die Leipziger Volkszeitung aus und anderweitig wurde die Weisheit aus dem Leipziger Tuskulumum ehrerbietig — nachgebetet. Aber nun kommt das Tragikomische. Auf dem Parteitag waren nicht weniger als zwei Redakteure der Leipziger Volkszeitung als Delegierte anwesend, jeder ein Demosthenes für sich, um eine Legion Dissidierender befehlen zu können. Aber die beiden Rhetoren Dr. Lensch und Seger verhielten sich in eisiges Schweigen und sie stimmten der philisterhaften Resolution in trauriger Gemeinschaft stamfessler Zwillinge sogar noch zu. Zuvor die Entrüstung auf Kosten der Gewerkschaftler und dann die Entzündung — oder glaubten die Leipziger, nicht gegen den Stachel des Parteivorstands lösen zu dürfen? Ha, ha, Bauer, dös ist was anders. —

Wir unferseits möchten der Leipziger Volkszeitung dringend nahelegen, wenn in Zukunft kritische Parteifragen zu erörtern sind, doch die Grenzen des persönlichen Anstands innezuhalten. Es ist einfach skandalös, wie des öfteren schon ganz verdiente Parteigenossen in der hämischsten Weise abgezankelt wurden. Und leider, leider klatscht sehr oft das liebe Publikum noch Beifall, zukünftig muß dann ein schärferes Register gezogen werden, denken sich die Redakteure. —

Bei der Jugendorganisationserörterung schleppte die Leipziger Volkszeitung etliche Genossen aufs Schafott und stellte sich in Kürze heraus, daß das Halbheil umsonst geschliffen wurde, aber —

Die Henne erhebt ein groß Geschrei, In jedem gelegten wirklichen Ei. In der Leipziger Volkszeitung aber lärmen die Schreier schon über ungelegte künftige Eier.

Gerade in dieser Angelegenheit hat man so recht gesehen, in welcher unverantwortlicher Weise die Leipziger Volkszeitung gegen die Gewerkschaften frontiert. —

Die Reichsfinanzreform behandelte in einem sachlichen Referat der Abgeordnete Geher. Wegen der vorgerückten Zeit mußte es sich der Parteitag verjagen, durch eine eingehende Debatte die famosen Steuerprojekte der Reichsregierung in detaillierter Weise zu würdigen.

Die Genossinnen haben nun auch im Parteivorstand eine Vertretung, indem Frau Ziek mit großer Mehrheit gewählt wurde. Die Kontrollkommission hat eine wesentliche Aenderung in der Zusammenfassung nicht erfahren.

Wie wir schon einleitend andeuteten, können wir dem Nürnberger Parteitag keine gute Jenfur ausstellen. Die Genossen können es nicht verstehen, daß über unwichtige Fragen — (Budgetangelegenheit) 2 1/2 Tage, bis zur gegenseitigen Erschöpfung in der unerfreulichsten Weise debattiert wurde. Wir scheren uns nicht viel um die Schadenfreude der Gegner, aber die Genossen werden bei solchen Vorkommnissen in ihrer Arbeitsfreudigkeit, in ihrem Idealismus für die großen Ziele der Arbeiterbewegung merklich gehemmt, ja wir übertreiben nicht im geringsten, daß sich unter den Genossen eine recht erbitterte Stimmung ob solcher Vorgänge auszuwachsen muß. Das möchte insbesondere den immer rabiaten Tiradeuren einmal zur Erkenntnis gelangen. Auch die sinnlose Drohung der Süddeutschen mußte unterbleiben. Wenn dieserhalb eine Spaltung eingetreten wäre, dann hätten die Gewerkschaften nicht ruhig zusehen können. Und in Süddeutschland hat in den letzten Jahren die Gewerkschaftsbewegung ganz ansehnliche Fortschritte gemacht. Wenn es heute Genossen gelüftet, aus Gründen persönlicher Verstimmung und Eitelkeit aus unsern Verbänden auszuschleiden, um uns, wenn auch unbedeutende Gegenorganisationen entgegenzustellen, so haben diese Leute auch die Entfernung aus der Partei zu gewärtigen. — Hier zeigt sich so recht, wie inniglich Partei und Gewerkschaften liiert sind. Und Tausende und Abertausende süddeutsche Genossen hätten dem Gebaren der Timm, Hildenbrand und Dr. Frank entschiedenen Widerstand geleistet. Die paar Führer hätten mit ihrem Detachement zwar abziehen können, die große Masse, um schlaffertig zu sein, wäre ihnen nicht gefolgt; sie wäre bald zur Vernunft gelangt, welches bemerkliche Schreiben von den dreien geschürt wurde. Gerade dieses Vorkommnis in Nürnberg schmerzt uns am allermeisten. Lange Zeit wird es dauern, bis die Genossen diesen Zwischenfall vergessen lernen.

Der gut bezahlte Flottenpatriotismus.

In der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, dem bekanntesten Organ der Kohlenwucherer und Panzerplattenpatrioten, wurde dieser Tage eine lange Zuschrift des geistlichen Rektors Professor J. H. Schütz aus Köln veröffentlicht, der durch Flottenpatriotismus bekannt geworden ist, die wegen ihrer Hurratendenz von den Flottentreibern um so begieriger aufgegriffen wurden, als der Verfasser ein katholischer Geistlicher ist. Wie man aus der in dem Effener Blatte abgedruckten Zuschrift ersehen kann, hat sich für den hochwürdigen Herrn Schütz die Flottenbegeisterung prächtig gelohnt. Wie der Herr offen eingesteht, ist er in großer Schuldennot gewesen und hat sich durch unbedachte Unternehmungen schwere Schulden aufgehäuft. Da ist er, um

seine Verhältnisse zu sanieren, auf den Gedanken gekommen, „patriotische und sozialhistorische Schriften“ zu verfassen. Er schreibt darüber:

Meine Flottenschriften, die in letzter Zeit auch von den Studierenden an allen deutschen Universitäten verlangt wurden, wurden denn auch in einer Riesenaufgabe abgesetzt, und so kam ich letztes Jahr zu dem erfreulichen Resultat, endlich mit meinen auf zirka 80 000 Mark mit Zinseszinsen angeschwollenen Schulden auf 12 000 Mark heruntergekommen zu sein, die ich mit einer populären Kolonialschrift ebenfalls zu tilgen hoffe.

Herr Schütz, der Flottenbegeisterte, hat also durch seine wasserpatriotischen Broschüren 68 000 Mark verdient, und den Rest seiner Schulden gedenkt er — durch eine kolonialschwärmerische Broschüre vom Salze zu schaffen. Der Herr ist von einer mehr als seltenen Offenherzigkeit. Da hätte er ein übriges tun und sagen sollen, woher die vielen Tausende stammen: denn wer die relative Geringfügigkeit der Autorengonorrace kennt, für den ist es von vornherein klar, daß die unerhörte Summe von 68 000 Mark unmöglich aus der Kasse des Verlegers jener Broschüren stammen kann. Es liegen drei Möglichkeiten vor, drei Quellen, aus denen die Tausende stammen können:

1. der Flottenverein,
2. geheime Regierungsfonds,
3. das interessierte Panzerplattenkapital.

Der Vorwärts bemerkt hierzu:

„Wir sind in der Lage, auf Grund zuverlässiger Informationen zu erklären, daß die 68 000 Mark zum weitaus größten Teile Privatgeschenke von an den Flottenlieferungen interessierten Großindustriellen an Herrn Schütz sind. Die Summen wurden Herrn Schütz unter dem Vorwande gezahlt, daß sie eine Entschädigung für die gegen ihn gerichteten Angriffe der Zentrumspresse seien. In Wirklichkeit wollte das Panzerplattenkapital den Flottenagitator im Gewande des katholischen Priesters subventionieren, weil man sich von dessen Tätigkeit einen bedeutenden Erfolg bei dem katholischen Volksteile und mittelbar bei der Zentrumspresse versprach. Die an Herrn Schütz gezahlten Summen sollten den Profimpatrioten Millionengewinne bringen.“

Die Flottenbegeisterung bringt also mehr wie das Messelien. Hochwürden versteht ein Geschäft zu machen.

Statistik der Zahlstelle Straßburg

vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908.

Läßt die Beteiligung an der Berufsstatistik immerhin unter den hiesigen Mitgliedern noch zu wünschen übrig, so muß aber doch konstatiert werden, daß eine Besserung eingetreten ist. Die Kollegen tun auch gut, sich auf ihre Pflicht zu besinnen, die doch nur in ihrem eigenen Interesse liegt. Wie oft wird von den hohen Löhnen geredet, ja, daß die Arbeiter keine Ursache zu Klagen hätten usw. Nur durch Zusammenstellung des wahrheitsgetreuen Materials, wie es die persönlichen Statistikkarten ergeben, kann das alberne Gerede auf seinen wirklichen Wert zurückgeführt werden.

An der Statistik in Straßburg beteiligten sich 155 Sandsteinarbeiter. Das Gesamtalter dieser 155 Mann war 5299 Jahre, der Durchschnitt 34 Jahre 2 Monate 7 Tage, das Höchstalter 60, das Mindestalter 16 Jahre. Im Berufe tätig waren 45 Mann — 10 keine Angabe — 2843 Jahre, im Durchschnitt also 19 Jahre 7 Monate 11 Tage. Verheiratet waren 128, ledig 26, 1 Witwer. Daß so wenig ledige Arbeiter an der Statistik beteiligt sind, ist ein Zeichen dafür, daß im abgelauenen Berichtsjahre das Geschäft sehr flau ging.

Im Afford wurden gearbeitet 27 898 Tage. Der Verdienst betrug 147 680,93 Mark, im Durchschnitt pro Tag 5,30 Mark (1906 bis 1907 pro Tag 5,47 Mark). Der höchste Durchschnittsverdienst pro Tag war 6,72 Mark; der niedrigste 2,72 Mark. Diese Summe wurde verdient von 150 Mann, aber 75 davon verdienten den Durchschnittslohn von 5,30 Mark pro Tag nicht — trotz Tarif, 19 Mann verdienten über 6 Mark, 81 zwischen 5 und 6 Mark, 42 zwischen 4 und 5 Mark, 7 zwischen 3 und 4 Mark, 1 Mann unter 3 Mark. Es sind nicht immer die schlechtesten Arbeiter, die am wenigsten verdienen. Es kommt hauptsächlich darauf an, wie die Arbeit verteilt wird — und dies besorgen die Herren Poliere. Ein garantierter Stundenlohn besteht leider bei den Steinarbeitern noch nicht, d. h. nicht im Afford. Der Höchstverdienst im Afford betrug in 287 1/2 Tagen 1932,46 Mark, dazu im Tagelohn von 6 Tagen 32,20 Mark, macht Gesamtverdienst 1964,66 Mark. — Im Tagelohn wurden gearbeitet 4830 Tage. Der Verdienst ertrug 27 711,79 Mark, der Durchschnitt pro Tag 5,53 Mark (1906 bis 1907 5,48 Mark). Afford- und Tagelohnverdienst zusammen ergeben im Durchschnitt pro Tag 5,36 Mark (1906 bis 1907 5,47 Mark). Von den abgegebenen Plakheften konnte nur das vom Plak Walz zur Statistik verwendet werden. Nach diesem beträgt im Afford der Durchschnittsverdienst vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 pro Tag 0,28 Mark weniger als 1906 bis 1907. Für einen Vollarbeiter zu 300 Tagen jährlich weniger 84 Mark. Auch im Tagelohn beträgt der Durchschnittsverdienst 1907 bis 1908 pro Tag 0,14 Mark weniger wie 1906 bis 1907.

Für andre Beschäftigung sind angegeben 1815 1/2 Tage. Davon entfallen auf Verheiratete 1588 1/2, auf Ledige 227 Tage. Verdienst pro Tag durchschnittlich 3,13 Mark. — Außerhalb arbeiteten Verheiratete 1152 Tage (Durchschnitt pro Mann 72 Tage), um für sich und ihre Familie Brot zu verdienen.

Ein trauriges Kapitel in der Statistik ist die Arbeitslosigkeit. Waren doch 137 Mann in 429 Fällen 5524 Tage arbeitslos. Im Durchschnitt kommen auf einen Arbeitslosen rund 38 Tage. Auf 124 Verheiratete entfallen davon allein 4489 Tage, auf 23 Ledige 1035 Tage. Rechnet man die Arbeitslosigkeit der Verheirateten, auch die Tage anderer Beschäftigung und Außerhalbarbeit zusammen, so ergibt dies 7229 1/2 Tage, oder auf 128 Verheiratete im Durchschnitt rund 56 1/2 Tage, an welchen sie vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 in ihrem Beruf in Straßburg nicht arbeiten konnten — oder durften. Das traurige dabei ist ja, daß es gewöhnlich ältere Kollegen sind, die am meisten darunter zu leiden haben, die treu zu ihrer Organisation halten und bei Lohnbewegungen im Vordergrund standen; auch sonst ihr Recht verlangen. (Syndikalische Geher und bezahlte Agitatoren schrieb bei der Aussperrung 1897 die „auch-arbeiterfreundliche“ Straßburger Post.) Von 10—23 Wochen waren 30 Mann arbeitslos. — Und wie wird es bei unsern „parasitären“ Stadtbauern mit den Koststandsarbeiten aussehen?!!!

Auch die Krankheitsstage sind ein trauriges Kapitel in der Statistik. Es entfallen allein auf Rheumatismus 695, Lungenkrankheiten 444 Tage; und auf Betriebsunfälle 695 Tage. (Auch wichtig für die Gemeinbevölkerung!) Die längste Dauer einer Krankheit war 195 Tage (Lungenkrankheit). Für 394 Tage ist eine Art der Krankheit nicht angegeben. Auch diese werden meistens zu oben genannten Krankheiten und Betriebsunfällen zu rechnen sein.

Auch drei organisierte Hartsteinarbeiter gaben ihre Statistikkarten ab. Verdient haben die drei Mann in 362 1/2 Tagen zu 10 1/2 Stunden und 280 Tagen zu 9 1/2 Stunden Stunden Tagelohn a 60 Pfg. ist 5499,98 Mark, im Durchschnitt auf den Mann 1833,33 Mark. Auffallend ist hier, daß bei 10 1/2 Stunden Affordarbeit ein Stundenlohn von 60 Pfg. und bei 9 1/2 Stunden Arbeit ein solcher von 68 Pfg. herauskommt. Also nicht die lange Arbeitszeit bringt höheren Verdienst! — Krank war von diesen drei Mann keiner. Granit und Marmor ist auch nicht so schädlich wie Sandstein. — Zu wünschen wäre

nur, daß es der Ortsleitung der Steinarbeiter gestatten möge, auch die Arbeiter in der Hartsteinindustrie für die Organisation zu gewinnen; denn auch in ihrem Beruf ist nicht alles Gold, was glänzt.

Hiermit sei der Auszug aus der Statistik der Steinarbeiter geschlossen mit dem Wunsche, daß alle Steinarbeiter ihre Statistikkarten in Zukunft richtig ausfüllen möchten. Nicht allein um ihre Rechte dem Verbands gegenüber zu wahren, sondern um auch dem Statistiker die Arbeit zu erleichtern! J. K.

Carifabschluss in Crailsheim.

Nachdem es bereits im Laufe des Jahres gelungen ist, in Neuenstein und Heilbronn mit den Unternehmern je einen Tarifvertrag abzuschließen, folgt jetzt ein weiterer württembergischer Ort. Schon seit Beginn des Jahres hatten die dortigen Kollegen sich mit dem Gedanken befaßt, den Abschluß eines Tarifvertrages herbeizuführen; doch erst im Laufe der letzten Wochen gestattete die auflebende Konjunktur am Orte, den Gedanken zu verwirklichen. Die Aufstellung eines Tarifvertrages in unserm an Steinindustrie reichen, mit Organisation aber dünn durchsetztem Württemberg ist eine andere Sache als in Gebieten, wo sich die Organisation eine gefestigte Position errungen hat. Zu gleicher Weise ist aber auch die Bedeutung eines jeden neuen Tarifvertrages für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Steinindustrie von ungleich höherer Bedeutung. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im südlichen Teil unres geliebten Vaterlandes nicht allein die ungenügendsten, sondern vor allem die ungesünderen sind. Das System der willkürlichen Reduzierung und willkürlichen Festsetzung der Löhne ist leider immer noch das vorherrschende; um so höher ist aber auch der Erfolg einzuschätzen, wenn es gelingt, in einzelnen Orten dieser Willkür einen Niegel vorzuschieben.

Nachstehend seien die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages wiedergegeben:

§ 1. Sämtliche Arbeiten werden nur im Stundenlohn ausgeführt. Der Stundenlohn beträgt 60 Pfg. und vom 1. Mai 1909 an 62 Pfg.

§ 2. Für Arbeiten außerhalb des Ortes wird zum üblichen Lohn noch ein Zuschlag gewährt.

§ 3. Zeitverlust durch Stein- oder Gefäßmangel wird vergütet.

§ 5. Die Lohnauszahlung erfolgt alle zwei Wochen vor Arbeitsluß. An den blauen Sonnabenden erfolgt eine Abschlagszahlung von 75 Prozent des verdienten Lohnes.

§ 6. Bubenrecht findet wie früher statt.

§ 9. Der Tarif hat Gültigkeit bis 1. Juli 1910 und läuft jeweils ein Jahr weiter, wenn nicht bis 30. Mai die Kündigung erfolgt ist.

Unter Berücksichtigung der süddeutschen Verhältnisse und der allgemeinen Geschäftslage ist der Abschluß des Crailsheimer Vertrages unzweifelhaft ein Erfolg, nicht nur für die Steinarbeiter der engeren und weiteren Umgebung, sondern für die gesamte Arbeiterschaft. In unserer Umgebung ist der abgeschlossene Tarifvertrag überhaupt der erste, und wenn unser Erfolg das Resultat zeitigt, die übrigen Arbeiterkreise anzuspornen, dem gleichen Ziele zuzustreben, so wird es nicht zum Schaden der Allgemeinheit sein. Allerdings muß festgestellt werden, daß zurzeit die Organisationsverhältnisse nicht nur prozentual befriedigend sind, sondern auch der Geist innerhalb der Organisation ein solcher ist, der bei allen Aktionen vor selbst schon einen Erfolg verbürgt. Mögen die Kollegen aber auch dafür sorgen, daß der Geist nicht nur bis zum Abschluß des Vertrages anhält, denn die Macht der Organisation und die innere Einigkeit derselben ist auch notwendig zur Erhaltung und wenn nötig zur Verteidigung des Errungenen.

Ein Wort noch an die Kollegen der Umgebung, obgleich wir an die des Vaterlandes. Das Ziel, welches eure Kollegen von rechts und links erreicht haben — Neuenstein und Crailsheim —, ist auch für euch erreichbar, wenn ihr die notwendige Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles schafft; das ist eine Organisation, die nach innen und außen den notwendigen Anforderungen entspricht. Daran fehlt leider noch viel im Heilbronn-Gebiet. In lauem Wasser kann man keine Eier siedeln. Die Verhältnisse liegen nicht ungünstig für uns; es ist die Schuld der Kollegen, daß ein zielbewusstes Vorgehen verhindert und der lachende Dritte der Mann ist — mit den vielen Steinbrüchen in Württemberg und in der Pfalz.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Den Ortskassierern zur Notiz, daß die Abrechnungsformulare für das 3. Quartal der Steinarbeiter-Zendung Nr. 39 beigelegt werden. Soweit sie nun nicht selber Empfänger sind, mögen sie sich dieselben vom Steinarbeiter-Vereiner ausshändigen lassen. Auf den Formularen sind bei der Zusammenstellung der Ausgaben einige Änderungen vorgenommen. Wir erwarten nun gewissenhafte Ausfüllung, damit diese Änderungen ihren Zweck erfüllen. Ferner liegt dem Abrechnungsformular ein Fragebogen für den Ortskassierer bei; der Zweck ist auf diesem selbst ersichtlich. Der Bogen ist bei Einsendung der Quartalsabrechnung wieder mit beizulegen.

Die Interimskarte 29 125, auf den Namen Wolfgang Köhler, Steinmetz, lautet, befindet sich auf unserm Bureau. Es wird um Angabe der Adresse ersucht, damit die Karte in die rechtmäßigen Hände kommt. A. ist eingetreten 1908 in Roth a. Sand.

Korrespondenzen

Bredend a. Deister. Nachdem vor etlichen Wochen die Kollegen von Hamelsspringe der Firma Ehr. Menning einen Tarif eingereicht hatten und keine Antwort erhielten, haben nun auch die Kollegen vom Bruch Bredend am 12. September einen Tarif vorgelegt und bis zum 15. um Antwort gebeten, ob die Firma geneigt sei, in Unterhandlungen zu treten. Da der Firma aber das wilde, willkürliche, gesundheitschädliche, aber desto mehr Profit einbringende Akkordsystem lieber ist, so gab der junge Herr Menning eine abschlägige Antwort. Die Folge davon war, daß die Kollegen nachts miteinander feierten und das Paradies des Herrn Menning verließen. Nun machte man große Augen. Herr Menning, der bis dato fast ausschließlich Italiener und Bayern beschäftigte und nach der alten Devise: „Teile und herrsche!“ die Einigung der Kollegen verhinderte, sah mit einigemal sein so bewährtes System stürzen und rief, wie fast alle Unternehmern in dergleichen Fällen, nach der Polizei. Die italienischen und bayerischen Kollegen aber, die fast alle im Bruch wohnen, gaben nicht den geringsten Anlaß zum polizeilichen Eingreifen, sondern sie luden ruhig ihre Effekten auf einen Wagen und fuhr nach Wölfsen, besprachen ruhig ihre Maßnahmen und reisten teilweise nach Auszahlung des Reisegeldes in ihre Heimat. Auch in Hamelsspringe wurde zu gleicher Zeit die Arbeit niedergelegt, auch hier reiste ein Teil der Kollegen sofort ab. Die paar Mann, welche nicht aufhörten, können Herrn Menning nicht herausreißen. Wir hoffen auch, daß Herr Menning keine Herausreißer findet, weder in Bayern noch sonst wo, denn die Zustände in seinen Betrieben sind geradezu vorfindliche. Bundesratsbestimmungen, Behandlung und Löhne lassen außerordentlich viel zu wünschen übrig. Wir wer-

den noch ausführlich darüber berichten. Hoffentlich läßt auch Herr Menning noch mit sich reden, denn die Kollegen sind fest entschlossen, unter keinen Umständen wieder zu den alten Bedingungen zu arbeiten, weder Italiener noch Bayern. Lasse sich auch sonst niemand durch schöne Versprechungen verleiten. Hier gilt es gesunde Zustände zu schaffen und außerdem der unleidigen Konkurrenz auf Kosten willkürlich gezahlter Arbeitslöhne ein Ende zu machen.

Demitz-Thumitz. Eine recht bemerkenswerte Handlungsweise unternahm hier der Geschäftsführer der Firma C. G. Kunath, Herr Emil Rodig. Im Laufe des Juli kam der hier bekannte Bruchmeister Herr Ernst Reich von der Firma Jüda Granit-Aktiengesellschaft in Philippopol (Bulgarien), um für dortigen Pflastersteinarbeiter anzuwerben. Zu diesem Zwecke wurde eine Versammlung nach dem Klosterberg arrangiert, welche schon der Neugierde halber gut besucht war. In dieser Versammlung stellte sich Herr Reich als Vertreter obgenannter Firma vor und teilte mit, daß er im Auftrage der Firma gekommen sei, um 20 bis 25 Arbeiter auf Pflastersteine anzuwerben. (Hierbei wollen wir erwähnen, daß dieser Menschenhandel hauptsächlich durch obgenannten Geschäftsführer, Herrn Rodig, vermittelt wurde.) Die Firma Jüda sei zu dem Entschluß gekommen, deutsche Arbeiter auf ihre Kosten kommen zu lassen, da die dortigen Kräfte versagen. Auch gab Herr Reich bekannt, daß seine Chefs keine Geldmittel scheuen, sie hätten schon etliche hunderttausend Frank in ihrem Betriebe stecken, was durch die dortigen unpraktischen Arbeiter nicht mehr herauszuholen wäre. Es wurde der Versammlung auch ein provisorischer Vertrag vorgelesen. Ein Teil der hiesigen Arbeiter war ganz begeistert und meldete sich gleich zur Hinreise. Kurz darauf kamen noch zwei Herren von der dortigen Gesellschaft, da Herr Rodig schon früher mit dieser Firma in Verbindung gestanden hat und vor Jahresfrist auch persönlich in Bulgarien war, um den dortigen Herren als Fachmann Rat und Aufklärung zu geben. Er fühlte sich auch jetzt wieder berufen, helfend einzugreifen, um hiesige Pflastersteinarbeiter nach Bulgarien zu bugieren. Herr Rodig hat dazu nach seinem Ermessen einen Arbeitsvertrag ausgearbeitet, trotzdem er zwischen genanntem Bruchmeister Reich und den zwei Mann, die voriges Jahr dort waren und die Verhältnisse praktisch kennen, ausgefertigt werden sollte. Dieser Vertrag wurde in einer zweiten gut besuchten Versammlung im selben Lokal positionsweise vorgelesen. Aus der Mitte der Versammlung wurde beantragt, einen Minimallohn einzuführen, um bei schlechtem Material gesichert zu sein. Dieses Verlangen wurde jedoch seitens der Vertreter der Firma ganz entschieden zurückgewiesen. Trotzdem erklärten sich 17 Mann zur Hinreise bereit. Natürlich war Herr Rodig in dieser Sache überaus tätig mit schönen Versprechungen und Schilderungen über guten Verdienst und sonstige Verhältnisse, wie Wohnungen usw. Er meinte, er könne überhaupt nicht begreifen, warum die Leute so ärgern, da doch hier Pflastersteinarbeiter zu viel sind und die Krise noch länger anhalten wird. Wir wollen gar nicht betreiben, daß die Krise existiert, aber wenn es in Bulgarien wirklich so gut für einen deutschen Arbeiter sein soll, warum hat sich denn da Herr Rodig besonders bemüht, aus andern Geschäfts Arbeiter für dort zu bekommen, da er doch in seinem Geschäft genügend Pflastersteinarbeiter hat, denen es dienlich wäre, ihre Lage zu verbessern. Auf einen Arbeiter, welcher voriges Jahr schon in Bulgarien bei genannter Firma gearbeitet hat, hatte es Herr Rodig besonders abgesehen und wollte ihn als Leihvogel benutzen. Da dieser Mann Alimonte zu zahlen hat, gab er ihm den guten Rat, er solle nur sehen, daß er fort komme, dann wäre er das Bezahlos! Wahrscheinlich ein schöner Rat von einem christlich-sozialen Mann. Zum Abschied am Bahnhof in Demitz fehlte auch Herr Rodig nicht, und man konnte sein vergnügtes Lächeln über seine Erfolge sehen. Zum Schluß gab es noch ein warmes Handgelenk und dann ging die Gruppe ab. Man hat ja schon gehört, daß die Hälfte der Arbeiter schon wieder zurückgekehrt. Die freien Wohnungen, welche von Herrn Rodig so gelobt wurden, waren so verunreinigt durch Ungeziefer, daß es einem deutschen Arbeiter unmöglich ist, darin zu wohnen. Auch der Verdienst ist nicht so, wie er hier ausgemalt wurde. Wir wissen nicht, was Herr Rodig für seine Mühe erhalten hat und wollen auch gar nicht so neugierig sein. Oder hat er es vielleicht aus Nächstenliebe zu den jüdischen Aktionären getan? Auf alle Fälle war es eine Tat, die ihm alle Ehre macht. Wir wollen für diesmal Schluß machen, sollte es aber notwendig sein, sind wir gern bereit, noch mehr darüber zu berichten. Den hiesigen Kollegen aber möchten wir raten, sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, dann wird es ihnen auch möglich sein, hier ein menschenwürdiges Dasein zu erlangen.

Eberbach. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter von Eberbach und umliegenden Orten. In den gesamten Betrieben arbeiten annähernd jetzt 200 Steinarbeiter. Auch hier hat die jetzige Krise ein merkwürdiges Zurückgehen der sonst Beschäftigten mit sich gebracht. Die Löhne, die schon in den besseren Konjunkturperioden die denkbar gedrücktesten sind, werden nun erst recht von den Unternehmern zu reduzieren gesucht. Das Unternehmertum läßt es aber nicht nur bei dem bloßen Versuch, in den meisten Betrieben ist den Arbeitern auch der Lohn, bezw. die Akkordhöhe um 10-15 Prozent vermindert worden. Da nun die meisten der Kollegen nicht organisiert sind, hilft sich der Unternehmer erst recht getraut in seinem Herrzund und glaubt offenbar mit seinen Arbeitern machen zu können, was ihm beliebt. Mehrmals ist der Versuch gemacht worden, den Steinarbeitern des dortigen Bezirks vor allen Dingen das Entwürdigende, wie sie für ihre schwere Arbeit entlohnt und obendrein noch dazu behandelt werden, vor Augen zu führen. Aber leider haben sie immer noch nicht einsehen gelernt, daß man gegenüber solchen Zuständen nicht bloß murren darf, sondern auch vor allen Dingen denen die Hand mit reichen muß, die diese erbärmlichen Verhältnisse ändern bzw. bessern wollen. Und wodurch könnte dieses richtige und wirkungsvollere geschehen als durch den Anschluß an den Deutschen Steinarbeiterverband. Die daselbst in den meisten Betrieben bestehenden Mißstände sind so groß, daß sich der Bezirk mit dem traurigen Rufm bedecken kann, daß jammervollste Bild nach dieser Seite hin aufzuweisen. Es ist durchaus nichts Uebertriebenes, wenn gesagt wird, daß die Bundesratsverordnung von den dortigen Unternehmern buchstäblich mit Füßen getreten wird. Aber alle diese, für die Steinarbeiter so eminent verberberlichen Zustände, scheinen die dortigen Kollegen nicht zu kennen und zu fühlen, denn sonst müßten sie, wenn in ihnen noch ein Funken für Menschenwürde vorhanden, sich mit ihren übrigen organisierten Kollegen unter allen Umständen bereinigen, um gemeinsam gegen dertartig wilde Zustände auch mit Erfolg anzukämpfen zu können. Die Arbeiter bei der Firma Güttschow in Eberbach aber besonders sind noch einer Arbeitsordnung unterstellt, bei deren Durchlesen man unwillkürlich in die Annahme versetzt wird, eine preußische oder auch sächsische Gefindeordnung vor sich zu haben. Eine Anzahl mit der Reichsgewerbeordnung direkt kollidierende Bestimmungen sind darin enthalten, und zwar schon deshalb, als sie seit dem Jahre 1902 in Kraft und während dieser Zeit analog den Revidierungen, denen die Gewerbeordnung unterzogen wurde, keine Änderungen vorgenommen wurden. Die Arbeiter der Firma versichern aber, auch nicht im geringsten damals darüber gehört worden zu sein. Eigenmächtig, wie es dem ganzen Wesen der Herren im Hause entspricht, wurde die Arbeitsordnung damals den Arbeitern aufgetrieben. Statt daß nun besonders die deutschen Steinarbeiter angeht ihrer Vorstellung, höher in ihren menschlichen Bedürfnissen zu stehen, als unsere italienischen Berufskollegen, sich zur Beseitigung solcher traurigen Zustände immer mehr vereinigten, sieht man gerade das Gegenteil davon,

denn von den deutschen Kollegen ziehen sich immer mehr vor der Organisation zurück, während die italienischen Kollegen Stange halten. Durch diese Tatsache stellen sich unsere deutschen Berufskollegen im Bezirk Eberbach nicht besonders ein ehrendes Zeugnis aus. Ihr, die ihr es mit Freunden begrüßen solltet, wenn sich die italienischen Steinarbeiter den deutschen Kollegen in ihren Bestrebungen anschließen, die ihr ihnen vor allen Dingen leuchtendes Vorbild sein solltet, ihr tragt durch euer Verhalten dazu bei, daß die ohnedies nicht gar so fest geknüpften kollegialen Bande noch mehr gelockert werden, zum Schaden für euch, für eure Familie und in letzter Linie zum Schaden für die ganzen Berufskollegen. Gerade in eurem Distrikt ist es notwendig, daß ihr eure ganze Kraft zusammenhaltet, diese gefährlichen Zustände bessern zu helfen. Mögen diese Zeilen auch ein Ansporn sein, eure Gleichgültigkeit abzulegen und mit euren bereits organisierten Kollegen gemeinsame Sache zu machen.

Frankenstein. Am 30. August fand hier bei uns wieder einmal eine Steinarbeiterversammlung statt, welche aber, trotz Bekanntmachung durch Handzettel, schlecht besucht war. Der Gauleiter Kollege Sarfert sprach über das Thema: Warum müssen sich die Steinarbeiter organisieren? Die Ausführungen gewannen für die Kollegen um so mehr an Interesse, als der Redner durch Anführung von Beispielen und leicht verständlichen statistischen Zahlenmaterials nachwies, daß der Arbeiter gar nicht anders kann, wenn er seine wirtschaftlichen Verhältnisse besser gestalten will, als wie sich zu organisieren. Leider gibt es noch sehr viel Berufskollegen, die sich noch nicht zu dieser Erkenntnis durchgerungen haben, aber auch diese würden, wenn es nicht die fortwährende Aufklärung in Wort und Schrift bewirkt, durch die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse einsehen lernen müssen, daß sie sich nicht mehr abseits des gewaltigen Ringens der Arbeiterschaft stellen können. Je früher sie es begreifen lernten und sich vor allem die Mühe hierzu geben würden, um so besser für sie wäre es. Die Ausführungen ernteten allgemeinen Beifall. Die durch verschiedene Vorkommnisse im Jahre 1907 aus dem Verband ausgestreuten Steinbrecher erklärten sich wieder bereit, dem Verband beizutreten. Der Vorsitzende, Kollege Kreis, knüpfte hieran die Hoffnung, daß auch dieses Beispiel nachahmend auf andre uns noch fernstehende Kollegen wirken möge. Der Gauleiter betonte in der Diskussion, daß wir auch unser Hauptaugenmerk auf die Organisation unserer Brecherkollegen zu verwenden hätten, denn ohne diese würden unsere eventuell zu führenden Kämpfe bezüglich ihres Erfolgs sehr in Frage gestellt. Deshalb müßte alles vermieden werden, was zwischen den beiden Gruppen dazu angetan sei, zu Streit und Zwietracht zu führen. Die vom Gauleiter geprüften Bücher nebst Kasse wurden in Ordnung gefunden. Auch eine Anzahl in den einzelnen Betrieben bestehender Mißstände wurden von mehreren anwesenden Kollegen scharf gerügt. Die Gewerbeinspektionsbeamten gehen nicht gegen diese betr. Betriebsinhaber vor, als wie es im Interesse eines wirklichen Arbeiterschutzes notwendig wäre. Der Gauleiter versicherte den Kollegen, daß er sofort wegen dieser Zustände die nötigen Schritte unternähme. Nachdem noch verschiedene Verwaltungsangelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende mit einem warmen Appell an die Vereammelten diese Zusammenkunft.

Kamenz. Sonntag, den 13. September, fand hier, wie jeden Monat, eine Mitgliederversammlung statt. Es wurde beschlossen, Sonntag, den 11. Oktober ein Steinarbeitervergnügen für Kamenz und Umgegend im Löwen abzuhalten, um bessere Fühlung mit den auswärtigen Kollegen zu gewinnen. Es werden die umliegenden Betriebe dazu eingeladen. Ferner wurde vom Vorsitzenden die Führung der Statistik getadelt und auf die Bekanntmachung im Steinarbeiter hingewiesen, was im Unterführungsfalle zu hoffen ist. Es sind 7 Stück eingegangen und ist deren Bewertung zwecklos. Es wird entschuldigt, daß die meisten zu jung in der Gewerkschaft und den richtigen Wert der Statistik noch nicht erkannt haben, sich aber nächstes Jahr vollzählig beteiligen. Es ist zu bedauern, daß einige Kollegen es nicht für nötig halten, die Monatsversammlungen zu besuchen, um einige gegenseitige Erleichterung herbeizuführen, die doch für jeden notwendig ist.

Königsutter. Am 12. September fand unsere übliche Monatsversammlung statt. Da der 1. Vorsitzende sein Amt niedergelegt hat, weil ihm von dem Kollegen Hennig vorgehalten worden ist, daß er sein Verwaltungsamt genommen hätte, ohne die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, eröffnete der 2. Vorsitzende, Kollege Christel Bier, um 8 1/2 Uhr abends die Versammlung. Der 1. Punkt der Tagesordnung war, dem Kollegen Hennig die ihm während unfres Streiks versprochene Gratifikation von 15 Mark zu bewilligen. Der Antrag wurde mit Majorität angenommen. Der 2. Punkt war Einstellung der Lokalmarkteinführung. Hierüber wurde beschlossen, die Markten bis zum 1. Oktober d. J. zu fleben. Am 14. d. M. stellten drei Abraumkollegen bei dem Unternehmer Heinke die Arbeit ein. Derselbe äußerte sich in folgender Weise: Trotzdem er jetzt bis zum nächsten Frühjahr Felsen genug frei hätte, wollte er sie aber doch beschäftigen; aber sie müßten den Meter Boden für 70 Pfg. forschaffen. Tariflich ist abgemacht 85 und 90 Pfg.; das wäre ein Mindestverdienst von zirka 1 Mark pro Mann und Tag. Darauf konnten die Kollegen nicht eingehen.

Metten. Am 19. September fand in der Grabmeierschen Brauerei eine Mitgliederversammlung statt. Es wurde über den Streit bei der Bahrischen Granit-Aktiengesellschaft Bericht erstattet. Die Kollegen beschlossen, den Kampf fortzusetzen. Zu unterstützen ist jetzt kein Kollege mehr; auch der letzte Mann ist untergebracht. Das Verhalten des Poliers Gierster wurde von den Kollegen stark kritisiert. Gierster war auf einem Gang, um Streikarbeit zu bestellen, als er einem Waibler Kollegen gegenüber äußerte, er solle zur Bahrischen in Arbeit kommen; er werde ihm auch ein Fahrrad zur Verfügung stellen, wenn der Weg zum Gehen zu weit sei. Doch diese Mühe ist vergebens; es findet sich in Edenstetten kein Kollege bereit, so wenig wie in Metten. Der Polier Gierster scheint nicht mehr zu wissen, wie er zu verschiedenen Kollegen, als der Kampf losging, sagte: Jetzt ist die richtige Zeit, wenn ihr zusammenhaltet, bringt ihr das Werkzeugsystem weg. Auch wurde über den ehemaligen Kollegen Ludwig Schattenschroff diskutiert, der jetzt zwei Jahre Invalide ist und Unterstützung vom Verband erhielt sowie von seinen Kollegen, die ihm das gesammelte Geld in die Klinik nachschickten. Jetzt fällt er seinen Kollegen in den Rücken, indem er bei der Bahrischen Granit-Aktiengesellschaft als Streikbrecher fungiert. Der Streikbrecher hat bisher immer gesagt, er könne mit seiner Hand keinen Meißel halten, jetzt auf einmal kann er den Schlegel schwingen. — Im Betriebe Steininger in Metten ereignete sich dadurch ein Unglücksfall, daß beim Aufziehen eines Werkstückes durch den Flaschenzug der Balken brach und einen Tagelöhner erheblich verletzte.

Selb. In der am 15. September im Restaurant Krantheim stattgefundenen Steinarbeiterversammlung wurde die Maßregelung unfres Vertrauensmanns besprochen. Gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Krise hemmend auf den Geschäftsgang einwirkt, ist das Unternehmertum bemüht, den Tarif möglichst zu seinen Gunsten anzulegen. Die Weltfirma Wilhelm Wölkel hat unseren Vorsitzenden entlassen, weil er Wölkel darauf aufmerksam machte, daß sein Stiel nicht nach Tarif gerechnet sei. Wölkel erklärte, daß er sich auf nichts einlasse, so, wie der Preis ausgerechnet sei, bleibe er auch bestehen; falls es unsern Kollegen nicht passe, könne er sofort seine Karte holen. Darauf machte unser Kollege den Unternehmer darauf aufmerksam, daß dies Tarifbruch sei. Die Folge würde sein, daß der Verband der Granitindustriellen zur Entscheidung angerufen

würde und dessen Urteil beide Teile sich zu unterwerfen hätten. Wölfel, der eine sehr erregbare Natur in den Zeiten des flauen Geschäftsgangs ist, erwiderte, daß dieser Verband resp. der Vorstand ihm gar nichts zu sagen habe, der Betrieb gehöre ihm usw. Unser Kollege möge seine Sachen zusammenpacken und dahin gehen, wo der Zimmermann das Loch gelassen habe. Unter diesen Umständen war ein Weiterarbeiten des betreffenden unmöglich. Die Versammlung erblühte in den Neuherungen des Wölfel eine Mißachtung der tariflichen Abmachungen und die Kollegen sprachen sich dahin aus, daß gerade jetzt Herr Wölfel sein Entgegenkommen beweisen sollte, weil die Kollegen heuer im Sommer täglich 14-16 Stunden gearbeitet haben. Aber es scheint, als ob Wölfel es als Pflicht des Arbeiters betrachtet, im Sommer Tag und Nacht zu arbeiten und im Winter die Werkstätte von draußen anzusehen. Weiter möchten wir noch einen Fall anmahnen, der es verdient, in der Presse bekannt gegeben zu werden, weil er von Gefühllosigkeit zeugt. Ein Kollege hatte sich zum Vesper eine Flasche Bier gekauft; da er ein mäßiger Trinker ist, blieb ein Teil des Bieres übrig. Er stellte es nach Vesper auf seinen Platz und bedeckte es. Aber mit strengem Anblick und scharfem Blick kam Herr Wölfel, nahm die Flasche und goß den Inhalt vor die Füße des Kollegen. Wir wollen es den Lesern selbst überlassen, sich über diesen Vorkommnis ein Urteil zu bilden. Den Firmeninhaber möchten wir darauf verweisen, daß die Steinarbeiter sich die Entlastung ihres Vorstehenden merken werden und im gegebenen Falle zeigen, daß auch wir als Tarifkontrahent zu respektieren sind, denn die Zeiten sind vorbei, wo man die hiesigen Steinarbeiter ignorierte.

Zwingenberg (Hessen). Am Sonntag, den 13. September, tagte im Restaurant Bergstraße wieder einmal nach ziemlich langer Zeit eine Steinarbeiterversammlung, welche leidlich besucht war. Gauleiter Sarfert referierte über: Zweck und Nutzen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und führte den Erschienenen an der Hand statistischen Materials den hohen wirtschaftlichen und sittlichen Wert der Organisation vor Augen. Besonders auch im Zwingenberger Bruchbezirk sei es nötig, daß die Berufskollegen sich mehr um ihre Organisation kümmern. Denn je mehr wir durch die Zahl der auch in der Pflastersteinbranche Organisierten auf die Kommunen, welche in der Hauptsache die Abnehmer unserer Produkte seien, einwirken könnten, um so mehr sei es möglich, durchzusetzen, daß unsere Forderungen auf anständige Behandlung und gerechten Lohn seitens des Unternehmertums anerkannt werden. Allgemeiner Beifall belohnte die Ausführungen des Redners, und die am Schluß der Versammlung gemachten Aufnahmen bewiesen, daß die Worte auf guten Boden gefallen waren. Kollege Sarfert nahm Veranlassung, die höchst unvollkommene Ausfüllung der statistischen Fragebogen seitens mehrerer Kollegen zu kritisieren, und erwarbte, daß auch hierin die Kollegen mehr Ordnungsliebe und Interesse zeigen möchten. Kollegen von Zwingenberg und Umgebung! Laßt Euch nun in Zukunft durch nichts mehr irren machen, seid eingedenk der Worte: „Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid“, mit denen Kollege Sarfert sein Schlußwort beendete.

Rundschau.

Der schlaue Wolf. Johannes Wolf, Redakteur der christlichen Gewerkschaftsstimme, der seine Wirkungsstätte München verläßt und mit seinem Freund, dem Dramatiker Oswald, nach Schaffenburg überfiedelt, hat in Capua noch zu seinen paar Schäfflein gesprochen. In „wissenschaftlicher Weise“ bearbeitete er im Schweiß seines Angesichts das Thema: **Das Wesen des Sozialismus.** Und er öffnete sein Mündlein und begann die Einleitung mit dem Epilog: „Die deutsche Sozialdemokratie sieht als eine mächtige Volksbewegung vor uns, die ein Recht hat, ernst genommen zu sein.“

Das ist allerdings, das vernünftigste, was wir von diesem Nichtswisser bisher noch vernommen haben.

Die Niedergerittenen errangen bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Speier-Frankenthal-Ludwigsbafen einen glänzenden Sieg. Der Sozialdemokrat Binder erhielt 21 237 Stimmen, während der Nationalliberale Buhl 12 607 Stimmen auf sich vereinigte. Bisheriger Abgeordneter war der verstorlene Genosse Ehrhart. Es versteht sich am Rande, daß die Nationalliberalen die krampfhaftesten Anstrengungen machten und keine der traurigen Reichstagswahlen verschmähten. Doch die Vernunft siegte bei den Wählermassen.

Eine graufige Statistik. 1914 Menschen sind im abgelaufenen Etatsjahre auf den deutschen Eisenbahnen getötet worden. Der Vereine deutscher Eisenbahnverwaltungen hat in einer soeben erschienenen Statistik des Betriebsjahres 1906 auch eine Rubrik über die Opfer auf den deutschen Eisenbahnen eingerichtet. Hiernach gestaltet sich das Ergebnis der Aufzeichnungen über die bei den Bahnen vorgekommenen Unfälle wie folgt: Im Berichtsjahre kamen 1346 Entgleisungen, 947 Eisenbahnzusammenstöße und 5807 sonstige Unfälle, zusammen also 8100 Betriebsunfälle vor. Im Jahre 1896, also 10 Jahre früher, waren es nur 946 Entgleisungen, 519 Zusammenstöße und 4965 sonstige Unfälle, zusammen 6430 Betriebsunfälle. Nach diesen amtlichen Aufzeichnungen kamen demnach im Jahre 1896 auf 100 Kilometer Betriebslänge 7,85 und im Jahre 1906: 8,05 Unfälle vor, also ein Mehr von 2 Prozent. Bei diesen Unfällen wurden im Jahre 1906 getötet: 165 Reisende und 1003 Bahnbeamte im Dienst und 746 fremde Personen, einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Bahndienstboten. Verletzt wurden 1121 Reisende, 3225 Bahnbeamte und 796 fremde Personen. Die Gesamtzahl aller getöteten und verletzten Personen betrug im Jahre 1906: 7056 und im Jahre 1896: 5134.

Das belastete Volk. Die Hilfe bringt eine Zusammenstellung über die Verteilung der Bälle auf den Kopf der Bevölkerung. Danach wurden im Jahre 1907 pro Kopf an Zoll gezahlt für:

Getreide und Hülsenfrüchte	4.27 Mk.
Petroleum	1.28 "
Kaffee	1.21 "
Wein	0.87 "
Holz	0.38 "
Schmalz	0.22 "
Süßfrüchte	0.18 "
Eisenwaren	0.14 "
Butter und Margarine	0.13 "
Baumwollengarn	0.12 "
Pferde	0.12 "
Rinder und Schafe	0.12 "

Nun sind aber weiter die Inlandspreise enorm durch die Bälle in die Höhe getrieben worden, die Preise für Brot und Fleisch steigen gerabegab beängstigend aufwärts. Und dennoch plant die Reichsfinanzreform einen Deutscheselzug auf die Taschen des schwer belasteten Volkes!

Sie finden das Geld auf der Straße! Nach dem letzten Jahresbericht der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft erhielten die Direktionsmitglieder Gehälter zwischen 30 000 und 100 000 Mark, das heißt weit mehr als die höchsten Staatsbeamten. Außerdem wurden noch rund 560 000 Mark Lantienen an die Direktion und Beamten gezahlt, darunter 244 000 Mark Lantienen an vierzehn Mitglieder des Aufsichtsrats. Ministerialdirektor a. D. Wicke bezog allein für seine Person mehr als 150 000 Mark, das heißt fast dreimal so viel als der höchste Reichsbeamte.

Die Aktionäre sind in der glücklichen Lage, das Geld gleich schaffelweise einzuheimsen. Aber wo bleiben die Straßenbahnarbeitenden mit ihren miserablen Löhnen?

Eine großzügige Agitation, wie kürzlich der Verband der Bauhilfsarbeiter, veranstaltet auch der Maurerverband und der Zentralverband deutscher Zimmerer. Der Maurerverband veranstaltet in seinen sämtlichen Zweigvereinen eine umfassende Hausagitation nebst Verbreitung einer Flugkürift und Anfangs Oktober in allen Zweigvereinen außerordentliche Generalversammlungen mit der Tagesordnung: Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen.

Der Zimmererverband arrangiert von Mitte September bis Mitte Oktober in 289 Zirkeln Versammlungen mit der Tagesordnung: Die Tarifbewegung im Zimmerergewerbe und die Aufgaben unseres Verbandes.

Der Holzarbeiterverband hat seinen Sitz ab 22. September nach Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße Nr. 2, IV., verlegt; die Generalversammlung dieses Jahres in Stettin hat demgemäß beschloffen.

Ein Jubiläum konnte mit ihrer vorletzten Nummer die Metallarbeiter-Zeitung, das Organ der numerisch größten deutschen Gewerkschaftsorganisation, des Deutschen Metallarbeiterverbands, feiern. Es sind 25 Jahre her, seit ihre erste Nummer erschien. In diesen 25 Jahren harten Kampfes, aber auch schöner Siege und Erfolge, hat die Zeitung den organisierten Metallarbeitern vorangeleuchtet und den Weg gezeigt, der zu gewerkschaftlichen Erfolgen führt. Zur Feier ihres Jubiläums hat der Verband eine Festnummer herausgebracht, an der in- und ausländische Gewerkschaftsführer mitgewirkt haben, u. a. George N. Barnes (England), Mg. (Frankreich), B. Th. (Rußland), Zinner (Winterthur), Schilde, Umbreit, Severing, Blos, Wehger, Schwarz, Quint, Deisinger usw. (Deutschland). Der Deutsche Metallarbeiterverband kann mit Genugtuung auf die verfloßene Zeit zurückblicken, die eine Zeit war schwerer Kämpfe im innern und nach außen. Er ist aus beiden unerleht hervorgegangen und hat konsequent sein Ziel verfolgt, in steter Arbeit die Lebenslage seiner Mitglieder zu verbessern, den geistigen Horizont seiner Mitglieder zu erweitern und die Solidarität mit der Gesamtarbeiterbewegung aufrecht zu erhalten. Dabon geben Zeugnis die in der Jubiläumsummer gebrachten Reminiszenzen. Besonders erwähnenswert ist wohl auch, daß Genosse Scherm seit dem Bestehen der Metallarbeiter-Zeitung ununterbrochen deren redaktionelle Leitung gehabt hat.

Scherm hat als Redakteur auch einen hervorragenden Anteil an der Entwicklung des Metallarbeiterverbands im allgemeinen. Er hat nebenbei auch tatkräftig und mit Erfolg auch für die politische Partei gewirkt. Nicht weniger als 18 Jahre leitete er den Wahlverein in Nürnberg, auch im bairischen Landtage fungierte er von 1895-1901 als Abgeordneter. Wir bringen dem stets recht bescheidenen Genossen Scherm die freundlichsten Glückwünsche für die Zukunft. Möge der Bajaware Scherm noch recht lange in seiner jetzigen Stellung tätig sein.

Die Christlichen unter sich. Dem Vorstandsbericht des Verbandsvorsitzenden der christlichen Metallarbeiter, Wieder, Duisburg, war zu entnehmen, daß der Verband im letzten Jahre nicht mehr so recht vorwärts kommen konnte. Der Mitgliederstand ist 28 000; die Zunahme im letzten Jahre betrug nur 2000. Außerordentlich stark ist die Fluktuation im Verband. So sind im Jahre 1906 von 21 349 Neueingetretenen wieder 12 349 und 1907 von 14 998 Eingetretenen wieder 12 870 ausgetreten. An Lohnbewegungen und Streiks war der Verband in den beiden Berichtsjahren in 384 Fällen beteiligt, die zusammen 190 000 Mk. verschlangen. Die christlichen Gewerkschaftler geben sich die größte Mühe, den Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, der seinen Sitz in Trier hat, zum Anschluß an die Zentrumsgewerkschaftler zu bewegen. Der Vorsitzende dieses Verbandes aber, Herr Peter Molz in Trier, ist ein entschiedener Gegner der konfessionellen „neutralen“ christlichen Gewerkschaften; er ist für katholische Sonderverbände oder Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen. Herr Molz, übrigens bei der vorletzten Reichstagswahl Kandidat des Zentrums in Duisburg, schreibt in dem Organ seines Verbandes, um die Mitglieder vor den N.-Glabbadern zu erschrecken:

Kollegen! ... Besetzt euch die fragwürdigen Gesellen. Sie spekulieren nur auf eure so mühsam verdienten Groschen und Ersparnisse, um auf eure Kosten als „Arbeitersekretäre“ ein behagliches, sorgloses Leben führen zu können. Besetzt euch solche lose Gesellen, und ihr seid überzeugt, daß dieselben noch nichts für euch getan haben und auch absolut nichts für euch leisten können.

Herr Molz, als katholischer Arbeitervereiner, geht mit seinen ebenfalls katholischen Glaubensgenossen in den christlichen Gewerkschaften sehr ungerat um. Er ist reif, seine Eisenbahner zu den Gelben zu führen.

Wie gegen Arbeiterleben gefrevelt wird.

gt. Auf dem der Firma Gebr. Fränkel in Fürtth. i. B. gehörigen Steinbruch bei Fichtelberg im Fichtelgebirge ereignete sich am 22. Juni ein schreckliches Unglück, das einzig und allein der Profitwut des Unternehmertums zuzuschreiben ist. Ein großer Stein sollte angebohrt und gesprengt werden, der Tagelöhner Eckert und der Steinbrecher Voit waren mit den Vorarbeiten betraut, die unter den gefährlichsten Verhältnissen vorzunehmen waren. Plötzlich löste sich der ca. 50 bis 55 Zentner schwere Stein und stürzte herab in die Tiefe, Voit auf der Stelle erschlagend, während Eckert noch zur Seite springen konnte und mit ungefährlichen Verletzungen davon kam. Der Betriebsleiter Keller und der Steinbruchmeister Sebalb wurden wegen fahrlässiger Tötung und Vergehens gegen die Gewerbeordnung angeklagt. In der Verhandlung vor dem Landgericht Bayreuth erklärte ein Gendarm, er habe noch nie eine so gefährliche Stelle gesehen, wie diesen Bruch. Die Unternehmer weigern sich, das nötige Land zuzukaufen, um die vorchriftsmäßige Abräumung zu ermöglichen. Ein früherer Betriebsleiter hat deswegen die Verantwortung abgelehnt und seine Stelle verlassen, weil er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte, Arbeiter in diese Menschenfalle zu schicken. Ein Sachverständiger betonte, er habe den Eindruck gewonnen, daß hier mit möglichst wenig Kosten große Profite herausgequetscht werden sollten, daß Raubbau getrieben werde. Der Betriebsleiter hätte unter keinen Umständen das Weiterarbeiten dulden sollen. Das Gericht erkannte gegen den Betriebsleiter Keller auf einen Monat, gegen den Steinbruchmeister Sebalb, der den Stein lediglich durch Abklopfen mit einer Brechstange auf seine Festigkeit untersucht hatte, auf 14 Tage Gefängnis. Die Unternehmer, die eigentlich das Unglück auf dem Gewissen haben, gehen leer aus.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Göttingen. Der Steinmetz Heinrich Schwarzlich ist wieder eingetroffen; die Bekanntmachung in Nr. 37 hat sich damit erledigt. Die Mitteilung kam für Nr. 38 zu spät!

Adressen-Änderungen.

- Zwingenberg.** Vorl.: Johann Brededel.
- Cerebach.** Kass.: Franz A. Schurr.
- Essen.** Vorl.: Franz Fürtt, Wittingstraße 28.
- Kolmar.** Vorl.: Karl Hindermann, Froschenweidstraße 16.
- Ludwigsbafen a. Rh.** Vorl.: Heinr. Herschel, Rheinstr. 48, II.
- Freigebirgen.** Vorl.: Albin Kunkel, Kass.: Albert Kunkel.
- Freiburg i. Br.** Vorl.: Johann Wannenmacher, Eichholzstraße 6.
- Steinwiesen.** Vorl.: Georg Geymeyer.
- Vauzenberg.** Kass.: Ludwig Knödlfeder.
- Bayreuth.** Kass.: Joseph Kästle, Nikolausstraße 12.
- Schwäbisch-Hall.** Vorl.: Johann Kieber, Steinbach b. Hall.
- Büraburg.** Kass.: Heinr. Bruff, Huttenstraße 36, Stb.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 14. bis mit 19. September.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate, X. = Extrasteuer.)

- Alfheimingen, B. 126.84, E. 1.—, K. 1.50; Bremke, B. 105.—; Grailsheim, B. 82.80; Kassel, B. 126.50, E. 3.—, K. 5.—, M. 2.—, X. 13.50; Gypnaen, B. 17.48, E. 2.—, K. 1.50; Hannover, B. 184.—; Meißner I, B. 460.—, K. 20.—; Plagwitz-Edenbourg, B. 280.—; Weßlar, B. 184.—, E. 5.—, K. 10.—; Burgen (Kunze), Ins. 1.—; Deutsch-Krone, B. 4.60; Ronig, B. 4.95; Bernburg, B. 2.20; Scherwin (Ingwerfen), B. 8.45; Ratow, B. 2.05; Weener, B. 4.40; Altensburg, B. 5.10; Ramsław, B. 6.70; Subl, B. 2.25; Treuen, B. 46.—; Bilgramkreuth, B. 84.—, K. 4.—, M. 2.—; Kirckenlamig, B. 288.10, E. 2.50, K. 3.80, M. 1.50; Demig, B. 680.—, E. 5.25; Aunkirchen, B. 19.—, K. 6.—; Greiz, B. 46.—, M. 0.20; Tostedt, B. 9.90; Neustrelig, B. 9.90; Scherdingen, B. 10.—; Plagwitz-Edenbourg (Braun), Ins. 1.—; Hochspeyer, B. 42.—, K. 20.—, M. 1.55; Sulzern, B. 2.76, K. 0.60; Orisfonds, 10.29; Kirchbrack, B. 30.40, K. 0.60; Orisfonds, 18.04; Baumholder, B. 138.—; Auggsburg, B. 138.—, Ins. 1.20; Scherwin (Klinkenrig), B. 5.60; Xeterow, B. 4.95.

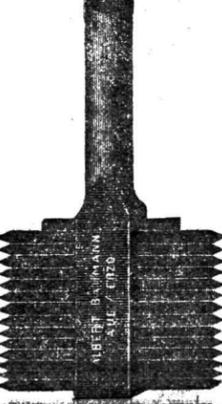
Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

B. Deinen Wink hat die Redaktion verstanden; aber der Zeit vorauszureifen ist jetzt Mode, sonst sezert man den Leib erst nach dem Tode. — Viele Grüße. — **Schwarzenbach, S.** Eine solche Bekanntmachung ist widersinnig; der Betreffende ist 27 Wochen rückständig, demnach schon seit 19 Wochen kein Mitglied mehr. — Inzerat kostet 3 Mk. Besten Gruß. — **Zwingenberg.** Wird aus denselben Gründen, wie vorstehend, abgelehnt. (Siehe Leitfaden S. 33, unter referierende Mitglieder, Abl. 2.) — **Frankreich, G. Dr.** Brief erhalten; wird verwendet. Besten Gruß. — **Rüthen.** Eure widerprechenden Notizen sind doch zu toll; überlegt bitte künftigh die Angelegenheit besser, ehe uns Mitteilung gemacht wird. — **Krusdorf.** Bericht war auf beiden Seiten beschrieben, konnte nicht veröffentlicht werden. — **Weißensfeld.** Bericht zu inhaltslos; etwas mehr Fleiß bei der Ausarbeitung.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeituchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

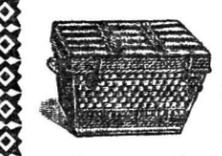


Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jacketts, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.



Reisekörbe

kauft man direkt von der Fabrik
Julius Treubar in Grimma 627.

Länge cm.	40	50	60	70	80	90	100
Mark	3.30	4.60	6.—	7.50	9.50	11.50	14.—

Tüchtigen Steinmetzgehilfen
sucht für sofort
Aug. Grawe, Steinmetzmeister
Greifenberg (Pommern).

Granit-Maschinen- und Granit-Handscheifer
die faubere Arbeit liefern, werden für dauernde Stellung gesucht.
C. Matthias
Erste westpreussische Granit- und Marmorindustrie
Elbing.

Einige durchaus tüchtige
Marmorschleifer
gesucht. Angebote unter Chiffre **M. G. 626** an die Exped. d. Bl.

Gestorben.
In **Fechenbach** am 18. September der Kollege **Rudolf Zeuner**, 34 Jahre alt, an der Berufsfrankheit. — Die Familie hat dem Verstorbenen viel zu danken; er war Gründer und unser tüchtigster Kollege.
In **Rothenburg a. T.** am 13. September der Kollege **Sugo Theuer**, 33 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.
In **Schwarzenbach** der Kollege **Michael Schurr**, 50 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.
In **Wenig-Radwitz** am 15. September der Kollege **Paul Kühn**, 46 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: **A. Staudinger**, Leipzig.
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei **Altengemeinschaft**.

Angenehme Zeitgenossen.

ig. Der Waffendienst im Klassenkampf ist hart. Die sich ihm widmen, nehmen ein Kreuz auf sich, das sie nur durch tragen können, weil ihnen ein hohes Ideal die Kraft dazu gibt. Sie müssen auf manche Freuden verzichten, für die sie das zweifelhafte Vergnügen eintauschen, sich mit allen möglichen Feinden der Arbeiterbewegung herumzuschlagen zu können. Und wer diese Feinde kennt, der weiß, welche Ueberwindung es kostet, jeden Tag und jede Woche gegen die seit altersher bekannten Lügen und Verleumdungen zu Felde zu ziehen. Darum sollte man es doppelt begrüßen, wenn hin und wieder aus dem unterschiedslosen Heer der kapitalistischen Klopfflechter eine Figur auftaucht, die zwar auch nicht auf höherer Warte steht, als das Gros dieser armen Schelme, die aber mit einem gewissen Recht den Anspruch erheben kann, als ein Original zu gelten, indem sie es fertig bringt, sich über die ernsthaftesten Dinge in einer Art auszulassen, die zu Tränen — zu Lachtränen rühren kann. Wiße reifen ist schließlich nicht allzu schwer; aber wirksame Wiße machen, das ist eine Kunst, die immer noch ihre Jünger findet. Unfre lustige Figur bringt das fertig, und zwar mit dem einfachen aber doch sehr schwer zu handhabenden Mittel, bei ihren Kapriolen selber ernst zu bleiben.

Nach dieser Einführung wird es Zeit, den Schleier von unserm Poffenreißer zu ziehen: es ist der Kundschauer der Deutschen Arbeitgeberzeitung, weiland Lynkeus, im bürgerlichen Leben als den landwirtschaftlichen Namen Felix Kuh hörend. Der Mann hat es um die Gesundheit unsrer Agitatoren verdient, daß man ihm ein Denkmal setzt; aus welchem Material, soll uns gleich sein; doch weiße man den Stoff zurück, mit dem seine vierdeinigen Namensvettern die Schönheit deutscher Wiesen beeinträchtigen. Aber ein Denkmal hat Herr Felix Kuh verdient, denn mancher von uns wird sich an seinen allwöchentlichen Expektorationen gesund gelacht haben, und wer diesen hygienischen Schatz bis jetzt noch nicht kannte, der sei darauf aufmerksam gemacht.

In der neuesten Nummer des sonst recht ledernen Unternehmerblatts (Nr. 37 vom 13. September) plaudert Felix Kuh über die Reichsfinanzreform und was mit ihr zusammenhängt. Dazu gehört auch das Reichsdefizit, das in Wausch und Bogen 110 Millionen Mark beträgt. Bei der Besprechung dieses durchaus nicht unerwarteten Ergebnisses hatten die Arbeiterblätter darauf hingewiesen, daß der Fehlbetrag hauptsächlich daher kommt, daß die Erträge der Steuern, die auf den wohlhabenden Teil der Bevölkerung zugeschnitten sind, erheblich hinter den dafür angelegten Summen zurückgeblieben sind. Darob marfirt der verflozene Lynkeus große Enttäuschung, und sagt: „Das ist des schönen Undanks Gipfelpunkt, daß der Vorwärts ganz übersehen, die 45 Millionen, die nach dem Gesetz von 1902 (das ist der Wuchertarif) dem Fonds für die Hinterbliebenenversicherung zugeführt werden mußten, in Rechnung zu stellen.“ Die Höhe des Reichsdefizits rührt also in der Hauptsache daher, daß für die breiten Massen ungeheure Aufwendungen gemacht werden mußten.“

Kuh-Lynkeus hat recht: als der Zolltarif beraten wurde, machte das Zentrum seine Zustimmung zu diesem grandiosen Raubzug auf die Taschen der Armen davon abhängig, daß ein kleiner Prozentsatz der Zolleinnahmen zu einem Fonds angeammelt würde, der den Grundstock zu einer im Jahre 1910 einzuführenden Witwen- und Waisenversicherung bilden sollte. Dieser Prozentsatz beträgt in diesem Jahre rund 45 Millionen Mark. Er mußte natürlich als Ausgabe angeführt werden und das Defizit erhöhte sich darum um diesen Betrag. Das aber nicht lobpreisend anzuerkennen, ist nach Kuh-Lynkeus „des schönen Undanks Gipfelpunkt“! Man denke: man nimmt dem Volke ungezählte Millionen ab, man verteuert ihm durch Bälle sein Brot, sein Fleisch, seine notwendigen Lebensmittel, und von den auf diese Weise aus dem Volke herausgepreßten Millionen legt man einen zur Gesamtsumme verschwindend kleinen Bruchteil für die Erfüllung einer sozialen Pflicht zurück — nicht freiwillig, sondern durch parlamentarische Daumenschrauben gezwungen —, und wenn nun die Sachwalter der gebrandschapten Armen diese Finanzpolitik nicht mit dreimaligem Hurra begrüßen, so ist das „des schönen Undanks Gipfelpunkt“!

Das sagt Kuh-Lynkeus ohne dabei zu erröten. Aber da es zweifellos ein grimmiger Wiß sein soll, so braucht er das ja auch nicht. Er bleibt vielmehr ganz korrekt in seiner schönen Entrüstung, und das erst sichert dieser Satire ihre zwerchfellerschütternde Wirkung.

Steuerpläne eines ehemaligen Vizeadmirals, der die großen Vermögen mit einer besonderen Steuer belegen will, geben dann unserer lustigen Person erneute Gelegenheit, zu brillieren. Zuerst fällt er zwar etwas aus der Rolle, indem er als ein wahres Schreckenskind die Steuerliche seiner Brotgeber erklärt. Er schreibt da:

Den reichen Leuten will der Herr Admiral eine Steuer auferlegen, die eigentlich schon keine Steuer, sondern eine Art Konfiskation, oder besser gesagt, eine Art privilegierten Raubes darstellt. Der Herr Admiral ist gewiß ein tüchtiger Steuermann gewesen, aber von Steuern scheint er wenig gelernt zu haben; denn einmal lehrt das ABC der Steuerpolitik, daß nur solche Steuern beträchtliche und zuverlässige Ergebnisse liefern, von denen die Allgemeinheit, von denen breite Schichten der Bevölkerung getroffen werden. Eine Steuer, die sich gegen Einzelpersonen richtet, ist eine Maßregel, bei der man nicht weiß, ob die Ungerechtigkeit größer ist oder die Unflughheit. Außerdem würde schon eine kurze Ueberlegung dem Admiral gezeigt haben, daß die von ihm vorgeschlagene Steuer mit aller geschichtlichen Erfahrung kollidiert. Diejenigen Staaten, in denen die Demokratie versucht hat, die reichen und reichsten Klassen zu brandschagen, sind immer schlecht gefahren oder gar binnen kurzem zugrunde gegangen.

Vorher hat Kuh-Lynkeus zwar schwadroniert, daß unsere Schulden für unser reiches Land so gering seien, daß sich ein anständiger Schuldenmacher ihrer Geringsfügigkeit

schämen müßte; wenn es jedoch gilt, diese „lumpigen paar Millionen“ zu bezahlen, dann gerät unser Kuh wieder in seine wigige Entrüstung und redet vom Brandschagen der reichen und reichsten Klassen. Mag man das nun lustig finden oder nicht, — auf jeden Fall ist Kuh für uns gar nicht zu entbehren, wenn wir die soziale Psyche des Unternehmertums kennen lernen wollen. Ja, ich behaupte, wenn wir nicht schon einen Kuh hätten, so müßten wir uns einen bejorgen.

Die volle Höhe seines kaustischen Wißes aber erreicht Kuh-Lynkeus erst wieder in dem folgenden Satzgebilde:

Bei dieser Gelegenheit muß man sich wieder mit Erstaunen die Frage vorlegen, ob denn einem großen Teil der heutigen Generation die Bedeutung des Grundgesetzes, daß Pflichten und Rechte sich überall entsprechen müssen, ganz verloren gegangen ist. Genießen denn etwa die reichen Leute den Schutz und die Vorteile der geregelten Staatsordnung in höherem Maße als die unbemittelten Kreise des Volkes? Ist es nicht oberster Grundsatz der heutigen Rechtsordnung, daß sie dem Ärmsten wie dem Reichsten die gleiche Bewegungsfreiheit, die gleiche Freiheit des Erwerbs und des Fortkommens sichert? Oder sollen wir das Ding beim rechten Namen nennen und es offen aussprechen, daß unter der Herrschaft gewisser sozial-utopistischer Ideen die Neigung das Uebergewicht erhalten hat, den Unbemittelten die größeren Vorteile, die der Staat zu vergeben hat, zuzuwenden! Wo der Wohlhabende von den Einrichtungen des Staates nur dann profitiert, wenn er tief in seinen Beutel greift, da wird dem „armen Mann“ jeder erdenkliche Wunsch bereitwillig und ohne alle Unkosten erfüllt, da wird ihm auf dem Präsentierteller entgegengebracht, was ein anderer mit schweren Opfern an Geld und Mühe erst erwerben muß. . . Hinsichtlich der Rechte also liegt die Sache so, daß diese gleich verteilt sind, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung, sogar vielleicht so, daß der Unbemittelte über das vollere Maß verfügt. Wie ist es da mit der elementarsten Gerechtigkeit zu bereinen, daß man durch eine den Reichsten mehr und mehr belastende Steuerpolitik die Pflichten in ganz einseitiger Weise zuungunsten der Bemittelten verteilen möchte?

Man mache sich einmal nur ein ganz flüchtiges Bild von unseren Zuständen, und dann beurteile man, ob diese Sätze etwas anderes als Satire sein können. Man denke daran, wie unsere gesetzgebenden Körperschaften zusammengewählt werden, die kleinen wie die großen; wie da der Reichtum seinem Träger das Doppelte, Dreifache, ja, oft das Hundertfache dessen an Einfluß gibt, über das der arme Teufel verfügt; man denke an unsere soziale Gesetzgebung, wo die Unternehmer in den Berufsgenossenschaften, deren Kosten sie aus dem Mehrwert bestreiten, ohne Einschränkung herrschen und denke an die Fußangeln beim Koalitionsrecht für die Arbeiter, während das Unternehmertum allen beengenden Vorschriften entruht ist; man denke weiter an die Rechtsprechung unserer Gerichte, die als Klassenjustiz bezeichnet worden ist; man denke an die Bevorzugung des großen Geldbeutels in unserer Seeresverfassung, wo der Reiche auf Grund seines Reichtums mit halber oder gedrittelter Dienstzeit davonkommt; man denke endlich an unser indirektes Steuerwesen, das die Lebensmittel der großen Masse verteuert, und damit die Kosten zum Schutz des Reichtums zu bestreiten, und man denke schließlich an die ganze heutige Polizei- und Verwaltungspraxis, an die boshaften Schikanen gegen die Arbeiter — und dann lese man die Sätze des Kuh-Lynkeus noch einmal. Da der Mann nicht an Gehirnerweichung leidet und diese Krankheit auch nicht bei seinen Lesern voraussetzen kann, so bleibt nur der eine Schluß übrig, daß wir es hier mit einem allerdings etwas sonderbar gearteten humoristischen Talent von ungewöhnlicher Begabung zu tun haben. Und dessen wollen wir uns freuen. In unserem tristen Dasein muß man die Gelegenheit dazu nehmen, wo man sie findet.

Auch in Zukunft werden wir nicht versauern brauchen. Kuh-Lynkeus stellt uns nämlich eine Betrachtung über die gesteigerte Sterblichkeit der Rentnempänger in Aussicht. Er kündigt den Nachweis an, daß diese zermürbten Invaliden der Arbeit an der — Ruhe zugrunde gehen!

Wir werden uns also auch in Zukunft noch oft dieses angenehmen Zeitgenossen freuen können.

Die Gewerkschafts-Organisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1907.

III.

Die gegnerischen Organisationen und die Gewerkschaftsbewegung.

Der Stand der Lokalorganisationen wird im Berichtsjahr von den Verbandsvorständen auf 20 461 Mitglieder angegeben. Hierbei sei festgestellt, daß unter solchen Lokalorganisationen wieder Kirch-Dunderschen Gewerbevereine, christliche Gewerkschaften oder katholische Fachabteilungen, noch etwa gelbe Organisationen vorhanden werden sollen, sondern lokale Fachvereine, die auf gewerkschaftlichem Boden stehen, einschließlich der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Die letztere gibt nach ihrem dem 8. Kongreß (1905) vorgelegten Geschäftsbericht für den 30. September 1907: 17 033 Mitglieder an.

An Einnahmen verzeichnet die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1907: 614 997 Mk. Die Ausgaben betragen 650 243 Mk. Der Kassenbestand ging von 288 133 Mk. (Ende 1906) auf 195 444 Mk. zurück. Für Streiks und Aussperrungen wurden 391 629 Mk. verausgabt.

Infolge der Einigungsverhandlungen des Parteivorstands zwischen einzelnen lokalistischen Organisationen und den Verbänden ist der Bestand der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften erheblich erschüttert. Die nächstjährige Gewerkschaftsstatistik dürfte eine erhebliche Verminderung dieser Gruppe ergeben.

Die Kirch-Dunderschen Gewerbevereine haben im Jahre 1907 einen erheblichen Rückgang erlitten, der um so schmerzlicher wiegt, als er gerade ihre bestgefügtesten Gewerbevereine am schlimmsten betraf. Diese Gruppe zählte 1906: 118 508, 1907 nur noch 108 889 Mitglieder.

Der Rückgang beträgt also 9619; er trifft in erster Linie den Gewerbeverein der Maschinenbauer, dessen Mitgliederzahl sich um 7499 verminderte; ferner nahmen ab die Fabrik- und

Handarbeiter um 1257, die Holzarbeiter um 1189, die Lederarbeiter um 46, Textilarbeiter um 192, die Bauhandwerker um 206, Graphische Berufe und Maler um 313, Tabakarbeiter um 320, Töpfer um 102, Bergarbeiter um 396, Bildhauer um 77, Konditoren um 163, Kellner um 36 und die Frauen um 94. Eine Zunahme von Mitgliedern verzeichnen nur 4 Gewerbevereine, nämlich die Kaufleute um 1310, die Schneider um 434, die Brauer um 192 und die Schiffszimmerer um 63. Der Rückgang war also ein fast allgemeiner und von solcher Stärke, daß er eine erhebliche Erschütterung des Vertrauens der Mitglieder verrät. Weder die vielgerühmte Selbsthilfe, noch die soziale Programmreife haben den Mitgliederverlust aufhalten können, der wohl in erster Linie auf das Verhalten der Gewerbevereine in Lohnkämpfen und sodann auf die gelben Wertvereine zurückzuführen ist.

Auch die Verwaltung der Gewerbevereine scheint von dieser Deroute ergriffen zu sein. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß der Verband der Gewerbevereine, nachdem er die Veröffentlichung der Statistik schon um drei Monate verzögerte, auch jetzt noch nicht einmal insstande ist, die Ausgaben nach einzelnen Posten spezifiziert wiederzugeben, wie dies in früheren Jahren geschah. Wir sind also diesmal außerstande, ein genaueres detailliertes Bild der Leistungen der Gewerbevereine im Berichtsjahr zu geben und begnügen uns, mitzuteilen, daß die Gesamteinnahmen der Gewerbevereine 1 541 359 Mk., die Gesamtausgaben 1 434 555 Mk. und die Gewerbevereinsvermögen 1 416 555 Mk. betragen.

Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl von 247 116 (1906) auf 274 323 erhöht. Neu hinzugekommen ist ein Verband der Telegraphenarbeiter mit 1861 Mitgliedern. Am Jahreschlusse betrug die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften 254 649. An Jahreseinnahmen verzeichnet die christliche Statistik 4 311 495 Mk., an Jahresausgaben 3 193 978 Mk. und an Vermögensbeständen 3 487 735 Mk. Von den Jahresausgaben entfallen auf die Verbandsvorgänge 361 711 Mk., auf Agitation 355 115 Mk., auf Streit- und Gemahregelunterstützung 743 270 Mk., auf Krankenunterstützung 443 035 Mk., auf Reise- und Arbeitslosenunterstützung 51 743 Mk., auf Sterbegeld 99 284 Mk., auf Rechtschutz 81 442 Mk., auf sonstige Unterstühtungen 32 974 Mk., auf Bildungszwecke 25 618 Mk., auf Gehälter 96 545 Mk. und auf andere Verwaltungsausgaben 143 591 Mk. Charakteristisch ist die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu Kampforganisationen, die sich aus folgender Uebersicht über die Streikausgaben ergibt. Für Streiks und Gemahregelte verausgabten die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1900: 49 820 Mk., 1903: 155 030 Mk., 1906: 1 000 320 Mk. und 1907: 743 270 Mk.

Insgesamt haben die christlichen Gewerkschaften für Kampfszwecke in den acht Jahren bereits 2 683 359 Mk. verausgaben müssen. So kommen die christlichen Gewerkschaften von Jahr zu Jahr immer mehr in das Schicksal der Klassenkämpfe hinein, zum Schrecken ihrer geistlichen Väter, die diese Organisation als Schutzwall gegen Streikgelüste der christlichen Arbeitererschaft gegündet hatten.

Neben den christlichen Gewerkschaften, die im Gesamtverband ihre Zentrale besitzen, bestehen noch sechs unabhängige Organisationen, die angeblich auf christlichem Boden stehen sollen. Die christliche Statistik verzeichnet diese Verbände noch immer als eine Art Retruirungsgebiet für christliche Gewerkschaften. Die sechs Organisationen haben zusammen 50 347 Mitglieder, und verzeichnen fünf von ihnen an Einnahmen 204 923 Mk., an Ausgaben 168 800 Mk. und an Vermögen 271 649 Mk.

Endlich gibt es noch eine Reihe unabhängiger Organisationen gewerkschaftlichen Charakters, die eines inneren Zusammenhangs entbehren. Es sind dies teils Verbände moderner Gewerkschaftsrichtung, teils neutrale und teils Klassenkampfeindliche Organisationen. Da die wenigsten von ihnen eine eigene Statistik veröffentlichen, so sind die Angaben darüber, die auf Schätzungen der Verbandsvorstände beruhen, sehr schwankend und für zuverlässige Vergleiche nicht verwendbar. Die Zahl ihrer Mitglieder erscheint in diesem Jahre etwas höher (1906: 72 044, 1907: 96 684); es beruht dies im wesentlichen auf genaueren Angaben, die der Bergarbeiterverband über die polnischen und sonstigen Vereine erlangen konnte.

Geben wir danach ein Gesamtbild der deutschen Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1907, so umfaßt dieselbe in den sechs Organisationsgruppen 2 446 480 Mitglieder (1906: 2 213 654; 1905: 1 819 930) und seit dem Vorjahre eine Zunahme von 232 826. Von letzterer entfallen auf die Zentralverbände 175 797, auf die Lokalvereine 7496, auf die christlichen Gewerkschaften 27 207, auf die unabhängigen christlichen Organisationen 7205 und auf die unabhängigen Vereine 24 640, während die Kirch-Dunderschen Gewerbevereine 9619 Abnahme verzeichnen. Die gesamten Jahreseinnahmen aller Gruppen betragen 57 454 561 Mk., die gesamten Ausgaben 47 914 202 Mk. und die gesamten Vermögensbestände 40 970 878 Mk. Von allen Mitgliedern entfielen 76,3 Proz. (1906: 76,3 Proz.) auf die Zentralverbände, 11,2 Proz. (11,2 Proz.) auf die christlichen Gewerkschaften, 4,5 Proz. (3,3 Proz.) auf die Kirch-Dunderschen Gewerbevereine und 8 Proz. (7,2 Proz.) auf die übrigen Gruppen. Von den Einnahmen kommen 89,5 Proz., von den Ausgaben 90 Proz. und von den Vermögensbeständen 81,1 Prozent auf die Zentralverbände. Aus diesen Ziffern ergibt sich allein schon, daß die Leistungen unserer Verbände die der übrigen Gewerkschaftsgruppen bei weitem überwiegen. Ein eingehender Vergleich der Leistungen ist diesmal zwar nur möglich zwischen den Zentralverbänden und den christlichen Gewerkschaften, da die Deutschen Gewerbevereine ihre speziellen Ausgaben für Kampfszwecke und Unterstühtungszwecke nicht nachweisen. Aber auch dieser bestätigt die wachsende Ueberlegenheit unserer Gewerkschaften. Es zahlten im Jahre 1907 für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung die Zentralverbände für 1 826 172 Mitglieder 7 396 725 Mk. (pro Mitglied 4,05 Mk.), die christlichen Gewerkschaften für 201 706 Mitglieder 51 743 Mk. (pro Mitglied 0,26 Mk.). Für Unterstühtung und Rechtschutz überhaupt verausgabten unsere Verbände 1907 pro Mitglied 6,97 Mk., die christlichen Gewerkschaften nur 2,55 Mk., und für Streiks und Gemahregelte entfallen auf unsere Gewerkschaften pro Kopf 7,62 Mk., auf die Christlichen nur 2,71 Mk.

Es steht danach außer allen Zweifeln, daß die christlichen Gewerkschaften sowohl auf dem Gebiet der Unterstühtungsausgaben, als auch im Kampfe für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinter den effektiven Leistungen unserer Zentralverbände weit zurückbleiben. Die christlichen Gewerkschaften haben zwar aus dem Beispiel der Zentralverbände manches gelernt, — sie sind unsern Kampfeshahnen, wenn auch mit innerem Widerstreben, gefolgt und das bewahrt sie vor der Deroute der Kirch-Dunderschen Gewerbevereine —, aber sie werden das Vorbild niemals erreichen, weil sie an inneren Widersprüchen krankten, die ihre Entwicklung hemmen. Sie verwerfen prinzipiell den Klassenkampf und müssen doch notwendige Klassenkämpfe führen; sie wollen das Interesse des Arbeiters vertreten, ohne dem Unternehmer weße zu tun, sie wollen den Arbeitern zu Einfluß und Macht verhelfen und schwächen sie durch ihre Organisationszersplitterung. In dieser

Zwitterstellung schwanken sie ständig zwischen Streikluft und Streikerrat hin und her und nehmen mit dem fürstlich, was bald bei den Erfolgen der Gewerkschaften und bald von der Gnade der Unternehmer für sie abfällt. Das bleibt selbst rüch- ständigen Arbeitern nicht verborgen, weshalb auch drei Viertel aller für die Gewerkschaftsbewegung Neugewonnenen den freien Gewerkschaften zuströmen und nur ein Neuntel den christlichen Gewerkschaften. Mögen unsere Mitglieder auch künftig in der geeigneten Aufklärung der Außenstehenden nicht erlahmen, — mögen sie die Arbeiterschaft darauf hinweisen, daß jede Unter- stützung der christlichen oder sonstigen Sonderorganisationen eine Verminderung der Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse gegen soziales Elend, gegen Ausbeutung und Unterdrückung nach sich zieht, daß es den jahrzehntelangen Kampf für die Stärkung und Festigung der Arbeiterorganisation und für die materielle und rechtliche Sicherung der Lage der Arbeiter end- los wiederholen heißt, wenn schlechtgerüstete Sondergruppen die Bewegungen der geschulten Arbeiterschaft ständig stören. Dann wird allmählich das Bewußtsein Allgemeingut der Ar- beiterklasse werden, daß eine einzige Gewerkschaftsbewegung der Unternehmerklasse gegenüber nützt.

So bestätigt die vorliegende Statistik der Gewerkschaften von neuem, daß dieselben an Stärke und Festigkeit gewonnen haben und mehr denn je Gewähr bieten, ihren Mitgliedern wie auch der gesamten Arbeiterklasse eine Schutzwehr gegen die Schäden der hereinbrechenden Wirtschaftskrisis, wie auch gegen die Angriffe des Unternehmertums zu sein. Die Gewerkschaften haben einen Stand erreicht, der ihnen Kraft und Selbstver- trauen gibt. Sie wissen, daß sie ein Faktor im Wirtschaftsw- im öffentlichen Leben geworden sind, dessen Bedeutung mehr und mehr anerkannt wird und dessen Einfluß sich weder das Unternehmertum, noch die Regierungen dauernd entgegen können. Deshalb bilden sie getrost in die Zukunft, die dem großen Ringen der Arbeiterklasse den Sieg verbürgt.

Der italienische Gewerkschaftskongress

der in der vergangenen Woche in Modena tagte, vereinigte nicht die Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft Italiens, son- dern nur die in der Confederazione generale del Lavoro zusam- mengeschlossenen Zentralverbände. Diese sind, wie unsere deut- schen Gewerkschaften, in örtliche Verwaltungsstellen gegliedert. Der Zusammenfluß erfolgte auf ihrem Kongress im November 1906 in Bologna. An seine Spitze wurde ein Exekutivkomitee (analog der deutschen Generalkommission) gestellt. Außer dieser Organisation besteht noch diejenige der örtlichen Arbeitskammern, die sich meistens in den Händen der Syndikalisten befinden. Allerdings sind auch hier die örtlichen Verwaltungsstellen der Zentralverbände wieder mit vertreten, in einigen haben sie so- gar die Mehrheit. Das Stärkeverhältnis der Richtungen ist folgendes:

Nach dem Bericht der Konfederation, der bis zum 30. Juni 1908 reicht, gehören 306 957 organisierte Arbeiter den Zentral- verbänden an, während in den 92 Arbeitskammern 546 514 Ar- beiter gezählt wurden. Da die Zentralverbände in der letzten Zahl wieder mit inbegriffen sind, so sind sie im ganzen in der Mehrheit. Der Kongress von Bologna entschied sich mit 114 000 gegen 53 000 Stimmen für die sozialistisch-gewerkschaftliche Methode, gegen die syndikalistische.

Die Zahl der anwesenden Delegierten betrug zirka 400, die insgesamt 1200 Sektionen (Zweigvereine usw.) vertreten. Die sozialistische Partei ist durch eine Anzahl Delegierte vertreten, ebenso die republikanische und die radikale Partei. Das italie- nische Arbeitssamt wird von seinem Direktor, dem Professor Montemartini, selbst vertreten.

Wie zu erwarten, kam es wieder zu heftigen Auseinander- setzungen zwischen den in den Zentralverbänden zusammenge- schlossenen Anhängern der sozialistisch-gewerkschaftlichen Methode und den etwa als „anarchosozialistisch“ zu bezeichnenden Syn- dikalisten, den radikalen Gegnern der politischen Aktion, die in den Arbeitskammern ihren Hauptsitz, wenn auch keineswegs die Oberhand, haben.

Zahlreiche Begrüßungstelegramme, die die internationale Solidarität des Proletariats betreffen, waren beim Gewerkschaftskongress in Modena eingegangen, u. a. von den englischen Trade-Unions und von der Generalkommission der deutschen Ge- werkschaften.

Schon der erste Verhandlungstag befandete das entschiedene Uebergewicht der Zentralverbände über ihre syndikalistischen Gegner, deren Hauptstütze die Delegierten der Eisenbahner waren. Als Hauptwortführer der Zentralverbände trat der Genosse Abg. Rinaldo Rigola hervor, dessen Ausführungen wirk- sam von der Genossin Argentino Altobelli-Bologna, der Sekre- tärin der Gewerkschaft der Landarbeiter, unterstützt wurden. Es half den Syndikalisten wenig, daß sie Unterstützung bei den anwesenden Republikanern fanden, für die u. a. Oskar Spinelli sprach. Am zweiten Verhandlungstage endete die Generaldebatte über die Haltung der Confederazione generale del Lavoro mit der einstimmigen Annahme einer von den Delegierten von Bologna, Ravenna, Ferrara und Mailand — sämtlich Ar- beitern — beantragten Resolution, welche lautet:

„Der Kongress billigt rückhaltlos die Tätigkeit der Con- federation und fordert sie auf, den von ihr eingeschlagenen Weg zur Geltendmachung der proletarischen Interessen weiter zu ver- folgen.“

Es folgte eine längere Debatte über Änderungen am Statut der Confederazione, deren Einzelheiten kein allgemeines Inter- esse beanspruchen können. Es wurde festgelegt, daß außer den Zentralverbänden und den Arbeitskammern auch Kooperations- genossenschaften zur Confederazione gehören können, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Im Exekutivkomitee der Confederazione, das der deutschen Generalkommission entspricht, wird künftighin der Generalsekre- tär, der bisher nur als besoldeter Beamter angesehen wurde, Sitz und Stimme haben und mit zwei Mitgliedern des Komitees den engeren resp. engeren Ausschuss bilden. In dem Exekutiv- komitee, wie in dem weiteren (Aussichts-) Rat der Confederazione sollen die einzelnen Gegenden Italiens möglichst nach dem Grad der Stärke vertreten werden, die die proletarischen Organisationen in ihnen erreicht haben.

Am dritten Verhandlungstage stand zunächst die Frage der Disziplin bei der Proklamierung von Streiks zur Beratung. Calda, Sekretär der Arbeitskammern von Genua, referierte und betonte nicht ohne scharfe Wendungen gegen die Lokalisten, daß gutgefüllte Kassen und straffe Organisationen für den Erfolg einer Streikbewegung wichtiger sind, als die noch so edle, noch so impulsive Sympathie weiter Kreise. Die Disziplinierung der Arbeiterbewegung bedeutet nicht ihr Stoen, im Gegenteil, ihre Vormärtsbewegung hängt von der Disziplin ab. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer sehr lebhaften und stellenweise äußerst erregten Diskussion, in der es sogar zu einem Obstruktionsversuch der Syndikalisten kam, wurden von der großen Mehrheit des Kon- gresses die leitenden Grundzüge des Caldaschen Referats zum Beschluß erhoben. Danach liegt der Konfederation ob, 1. die oberste Leitung aller Streiks, die von Gewerkschaften unter- nommen werden, die der Confederazione angehören, soweit diese Streiks allgemeine proletarische Interessen betreffen; 2. die Ent- scheidung über die Unterstützung oder Nichtunterstützung von Streiks, die von nicht der Confederazione angehörigen Gewerkschaften oder von örtlichen Bahnhallen im Widerspruch zu den Zentralverbänden ausgehen; 3. die Proklamierung von Gene- ralstreiks in allen Verufen.

Es folgt die Beratung über die Beziehung der Confederazione zu den politischen Parteien. Rinaldo Rigola betonte in seinem

Referat die völlige Unabhängigkeit der Confederazione von jed- weber politischen Partei. Doch sei die Motion Bagliani, die alle Beziehungen der Confederazione zu politischen Parteien aus- schließen wolle, unannehmbar, wenn sie auch den Vorzug der Klarheit und Ungezügeltigkeit habe. Ein Zusammengehen von Fall zu Fall mit verschiedenen Parteien sei nicht zu vermeiden, wobei voraussichtlich allerdings nur die demokratischen Par- teien (Sozialisten, Republikaner und Radikale) in Frage kom- men könnten.

Nach einer langen Diskussion, an der u. a. Cabrini, Du- goni, Argentino Altobelli teilnahmen, gelangte eine Tagesord- nung zur Annahme, die in Kürze folgendes besagt: Das Prin- zip der Enthaltung von der Politik ist aufzuheben, denn dieses wird nur von denjenigen verfolgt, die das Proletariat von der Politik abhalten wollen, um desto besser ihren (den syn- dikalistischen) Ideen Eingang zu verschaffen. Der wirtschaftliche und der politische Kampf sind gleich notwendig für die Emanzi- pation des Proletariats. Der wirtschaftliche Emanzipations- kampffällt den Gewerkschaften, der politische Emanzipations- kampffällt den politischen Parteien zu, d. h. der sozialistischen Partei, und allen den Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Jedoch können die Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Aufgabe nicht ohne gleichzeitige politische, und die Parteien ihre politische Aufgabe nicht ohne wirtschaftliche Betätigung er- füllen.

Auch in Italien ist es selbstverständlich nur die sozialistische Partei (wenn man von den anarchosozialistischen Gruppen ab- sieht), die auf dem Boden des Klassenkampfes steht; die An- nahme der Resolution in dieser Form, die den Schluß zuläßt, als ob auch andre Parteien auf diesem Boden stünden, geschah wohl nur aus einer allerdings unangebrachten Rücksichtnahme auf die anwesenden Vertreter der republikanischen und der radikalen Partei. Das fühlten die Betreffenden auch sofort heraus, und es meldeten sich dann nach Annahme der Reso- lution, die übrigens nicht ohne heftige Geschäftsordnungsdebatte erfolgte, Vertreter der beiden Richtungen zum Wort, um Er- klärungen abzugeben.

Der Republikaner Paoloni bedauerte, daß die Confederazione unter Verkennung der republikanischen Verdienste um das Prole- tariat sich gänzlich den Sozialisten in die Arme geworfen habe, und Vicini suchte nachzuweisen, daß auch die radikale Partei in ihrer Art das Prinzip des Klassenkampfes akzeptiere.

Es folgten die Wahlen zum engeren und weiteren Komitee der Confederazione. In das erstere wurde u. a. auch ein Repu- blikaner, der Buchdrucker Quartieroni-Rom, gewählt.

Der heftige Angriff eines anarchosozialistischen Blättchens auf Ripola, dem vorgeworfen wurde, sich in unheimlicher Ge- schwindigkeit aus einem anarchosozialistischen Syndikalisten in einen demokratischen Reformisten verwandelt zu haben, gab Anlaß zu einer ebenso spontanen wie imposanten Vertrauenskundgebung der großen Kongressmehrheit für Ripola.

Es wurde sodann noch eine Resolution angenommen, die eine umfassende Reform und Ausdehnung der Unfallversicherung, Schaffung von Schiedsgerichten und von einem obersten Schieds- gerichtshof für Streitigkeiten fordert.

Die Frage der Beteiligung der Angestellten in öffentlichen Dienstzweigen (sowie der Arbeiter in der Tagespresse) an Streiks, wurde, als noch nicht spruchreif, von der Tagesordnung abgesetzt, worauf Genosse Ojeda mit einem kurzen martigen Schlußwort die Arbeiten des Gewerkschaftskongresses für beendet erklärte.

Korrespondenzen

Bunzlau. Eine am 15. d. M. in den Drei Kronen ab- gehaltene stark besuchte Versammlung der Zahlstellen Warthau und Bunzlau hatte sich mit den unter dem Regiment des neuen Direktors Wehner herausgebildeten Zuständen bei der Firma Schilling in Warthau zu beschäftigen. Genannter Herr, diesen Kollegen schon von Radwitz aus bekannt, hatte es für gut be- funden, in seinem neuen Wirkungskreis einmal so recht den Herrenstandpunkt herauszufahren. Vor 5-6 Wochen sollten, angeblich wegen Arbeitsmangels, eine Anzahl Leute entlassen werden. Anstatt nun die Kollegen der Reihe nach zu entlassen, wie sie eingestellt worden sind, suchte Wehner sich der älteren Leute, die ihm unangenehm geworden, weil sie ihr Geld immer verlangten und sich nichts gefallen ließen, zu entledigen. Junge Leute, die ihm besser saßen, auch nur kurze Zeit dort arbei- teten, sollten bleiben. Es wurde also eine Art Auslese gehalten. Vorstellungen bei Herrn Wehner fruchteten nichts, deshalb er- klärten sich sämtliche Kollegen solidarisch und machten Feier- abend. Wertwürdigerweise war nach zwei Tagen wieder ge- nügend Arbeit da und Wehner stellte einige Leute ein. Die gemäßigteren Kollegen sprachen darauf wieder zu, bekamen aber keine Arbeit. Da für die Verheirateten keine Arbeit war, fing selbstverständlich auch kein fremder Kollege an. In der vorigen Woche ist es Wehner nun gelungen, vier Mann zu kapern, denen er sofort die Papiere abnahm, anfangen sollten sie aber erst nach einer Woche. Jedenfalls wollte sich der Herr Direktor Gesellen zum Vorrat sichern. Einige von den Gemä- ßigten sprachen darauf wieder zu, für sie war natürlich wieder keine Arbeit vorhanden; vielmehr erklärte Wehner, daß er sie nie wieder einstellen werde und zeigte ihnen die Papiere der Zugereisten mit dem Bemerkten, daß er Leute genug erhalten könne. Bei der Firma Niggel wurden sämtliche Leute entlassen, Wehner stellte keinen ein, ebenso wurde in Deutmannsdorf der Vertrauensmann gemahregelt. Es liegt also Schemen in der Sache, man sucht überall die leitenden Personen zu entfernen. Wir verlangen nun, daß Wehner die Leute am Orte bei Ver- darf der Reihe nach wieder einstellt und sich nicht dieselben aus- sucht. Solange er sich nicht dazu bequemen will, soll er seine Quadern selber machen. Nun, es kommen auch wieder andre Zeiten und wir werden dafür sorgen, daß auch bei Herrn Wehner die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die Arbeitsverhältnisse zurzeit hier nicht günstig sind. Außer den Entlassungen bei Niggel sind in Radwitz 18 Mann, ebenso in Hohenau alle Ledigen entlassen worden, der eine Betrieb, wo Arbeit vorhanden, ist vollständig überfüllt. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß in Anbetracht dieser Tatsachen und weil noch viele Verheiratete hier arbeitslos sind, die reisenden Kollegen den Distrikt so viel wie möglich meiden.

Jannowitz i. Riesengeb. Am 11. Septbr. fand im Restaurant von Baumgart in Rohrlach unsere erste gut besuchte Mitglieder- versammlung statt. Gauleiter Daubenthaler aus Striegau war bei der Versammlung anwesend und führte den Kollegen in seinem Referat vor Augen, wie man auf allen Gebieten des wirt- schaftlichen Lebens eine fortschreitende Konzentration, einen Zu- sammenschluß beobachten könne. Dies gelte aber auch auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung. Gleichzeitig aber, und dies sei das charakteristische Merkmal aller kapitalistischen Staaten, finde auch eine reinliche Scheidung der Völker in zwei Klassen statt: in Besitzende und Nichtbesitzende, in Kapitalisten und Lohn- arbeiter. Der überall bemerkbare Zusammenschluß der Be- sitzenden habe keinen andern Zweck, und auch die Regierungen, die ja nur Ausschüße der herrschenden Klassen sind, arbeiten immer mehr darauf hin, den Besitzenden Klassen die Herrschaft über das Proletariat zu sichern und dauernd zu erhalten. Wollen nun die Arbeiter nicht von allen Errungenschaften der Kultur ausgeschlossen bleiben, wollen sie sich ebenfalls einen Anteil an den gewaltig gesteigerten Gütern der Nation sichern, so müssen sie sich ebenfalls zusammenschließen, um so in einigen großen Organisationen dem Kapitalismus einen geschlossenen energis- chen Widerstand entgegen zu setzen. Für die Steinarbeiter, die

ja auch schwer unter dem Druck der Ausbeutung zu leiden haben, gebe es keine andre Organisation, die dem Unternehmertum ernstlich Widerstand leiste, als den Deutschen Steinarbeiter- verband. Nachdem der Redner noch die Einrichtungen des Ver- bandes, das Streikreglement, das Unterstützungsweesen usw. be- sprochen hatte, ermahnte er die Kollegen in zu Bergen gehenden Worten nochmals, ein kollegialisch-brüderliches Verhalten unter- einander zu führen. Nach einer kurzen Diskussion schloß der Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung.

Pofen. In der am 8. September im Schweizertal statt- gefundenen Monatsversammlung gab Kollege Dupke als Statis- tiker seinen Bericht über die Lohnverhältnisse. An der Statistik beteiligten sich von 31 Mitgliedern leider nur 18 Kollegen, da es die übrigen, die speziell mit ihren Löhnen der Statistik einen andern Anstrich geben könnten, nicht für nötig befunden haben, ihre Karten auszufüllen. Die 18 Kollegen verdienten zusammen laut Statistik 28 511.05 Mark, somit ein Jahresdurchschnitt von 1582.83 Mark. Das Durchschnittsalter betrug 29,3 Jahre. Verheiratet waren 7 Kollegen mit 12 Kindern. In der Stein- industrie waren die Beteiligten 14,7 Jahre beschäftigt. Krank- heiten waren im Laufe des Berichtsjahres verhältnismäßig wenig zu verzeichnen. Vier Kollegen waren zusammen 10 Wochen krank; wovon die längste Krankheit bei einem Kollegen sechs Wochen betrug. In ganz anderm Maße machte sich die Arbeits- losigkeit geltend, was in unserm Verufe ja nicht zu den Selten- heiten gehört. So hatten von den 18 Kollegen 13 eine Arbeits- losigkeit von zusammen 88 Wochen zu verzeichnen. Sämtliche an der Statistik Beteiligten waren mit der Bearbeitung von Sandstein beschäftigt, wobei das Verzeihen mit inbegriffen ist. Zum Schluß der Versammlung wurde den Kollegen noch ans Herz gelegt, in jeder Hinsicht für unsere Interessen agitatorisch tätig zu sein, um im nächsten Berichtsjahre mit einem besseren Resultat abschließen zu können. Auch wurde gerügt, daß noch eine Anzahl der an der Spitze stehenden Kollegen es nicht für nötig befanden, sich der politischen Organisation anzuschließen. Auch wäre es wünschenswert, wenn die Parteipresse eine weitere Verbreitung unter den Steinarbeitern finden würde.

Schmiedeberg i. Riesengeb. Der Breslauer Volkswacht ent- nehmen wir folgende Notiz, in der, wie schon so oft, bewiesen wird, daß die indifferenten Gebiete in der Steinindustrie auch die erbärmlichsten Zustände aufweisen. Die Arbeiter in den Steinbrüchen von Schmiedeberg und Krummhübel haben furcht- bar unter der bestehenden Mißwirtschaft in den Betrieben zu leiden. Erst kommt der Profit der Unternehmer und dann der Arbeiterlohn. An die Sicherheit der Arbeiter zu denken, fällt den Unternehmern nicht ein. Zwei Mann sind schon zu Tode verunglückt, ein dritter ist nur mit knapper Not dem Tode ent- ronnen. Doch alles ist nicht der Mühe wert, geeignete Schutz- maßregeln zu treffen, daß derartige Unglücksfälle nicht mehr vorkommen könnten oder doch auf ein Minimum beschränkt wür- den. Die Arbeiter werden, entgegen den gesetzlichen Bestimmun- gen, bei überhängendem Bruche ausgeführt, wo alle Augenblicke Gesteinsmassen von oben nachstürzen und ein Unglück herbei- führen können. Eine vorchristlichmäßige Bude existiert ebenfalls nicht, dieselbe ist zirka zwei Meter lang und einen Meter breit und dient zur Aufbewahrung von Werkzeugen und gefährlichen Sprengmaterialien. Die letzteren sind noch dazu einem Manne unterstellt, der gar nicht die Berechtigung hat, mit der Be- wachung und Anwendung dieser Stoffe umzugehen. Gerade in dieser Beziehung sollte etwas mehr Sicherheit für die Arbeiter verlangt werden. Das Mittagessen müssen die Arbeiter im Freien unter einer Felswand einnehmen. Dabei werden die Arbeiter öfter durch herabstürzendes Geröll beunruhigt, denn der Bruch ist nicht abgeräumt. Entsprechend diesen schlechten Arbeitsbedingungen sind auch die Löhne. In K r u m m h ü b e l werden bei elftündiger Arbeitszeit 27-30 Pfg. pro Stunde bezahlt. In Schmiedeberg ist es nicht viel besser; hier werden bei ebenfalls elftündiger Arbeitszeit 22 Pfg. Stunden- lohn bezahlt. Dafür müssen sich aber die Arbeiter noch selbst die Werkzeuge anschaffen lassen, wofür wieder noch 1.20 Mark pro Woche abgehen. Im nahen Mohrlach ist es in dieser Be- ziehung etwas besser. Dort werden bei neun bis zehntündiger Arbeitszeit 36 bis 60 Pfg. Stundenlohn bezahlt. Freilich haben die Arbeiter in Mohrlach eine gute Organisation, was bei den Schmiedeberger und Krummhübeler Arbeitern nicht der Fall ist. Die hiesigen Arbeiter sehen die bestehenden Mißstände als un- abänderliches Schicksal unsrer heutigen göttlichen Weltordnung an. Deshalb trachten sie auch nicht danach, diese zu beseitigen. Sie haben sich von den Bruchmeistern und Unternehmern so ein- schüchtern lassen, daß sie überhaupt nicht wagen, ihre Rechte geltend zu machen. Hier hilft aber kein Lamentieren am Bier- tisch, sondern hier kann nur etwas erreicht werden, wenn alle dem Deutschen Steinarbeiterverbände beitreten. Dann erst wer- den die bestehenden Uebelstände beseitigt werden.

Seebach. Am 10. September, abends 7 Uhr, fand hier im Vereinslokale eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden vier Kollegen aufgenommen. Zum 1. Punkt: Die wirtschaftliche Lage in der Steinindustrie, besprach Kollege Gauleiter Braun zunächst die Auffassung der bürgerlichen Kreise, daß für den deutschen Ar- beiter bis ans Lebensende gesorgt sei, bespricht dann die herr- schende Arbeitslosigkeit in den Steinbruchsgebieten, das Woh- nungselend, sowie die hohen Lebensmittelpreise, auch die Unter- nehmerkartelle und ihre Bestrebungen erfuhren eine eingehende Würdigung. Um nun der Willkür der Unternehmer nicht be- dingungslos gegenüber zu stehen, hat sich bei den Arbeitern selbst die Erkenntnis durchgerungen zum Zusammenschluß und zur Einigkeit, die auch den Gegnern Achtung gebietet. Kollege Braun ermahnt daher die Kollegen, die Organisation nicht zu vernachlässigen, persönliche Reizereien beiseite zu lassen, so daß in der Zahlstelle Seebach der Geist wieder einziehe, wie beim Tarifabschluß von 1907, denn daß nur durch festes Zusammen- stehen etwas erreicht wird, hat sich hier schon öfters bemahretet. Zum 2. Punkt wurde Kollege Franz X. Schür als Kassierer, Alois Wimmer als Revisor und Joh. Ertl als Schriftführer und Statistiker gewählt. Bei Verschiedenes wurde besonders das Nacharbeiten während der Pausen arg bekräftelt, sowie auch der bessere Besuch unsres Lokals in Erinnerung gebracht, hoffen wir, daß die Kollegen diese Versammlung nicht vergessen und auch danach handeln.

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben Gustaf Adolf, ein Fürstenspiegel zu Lehr und Muß der deutschen Arbeiter von Franz Mehring. Zweite ver- besserte Auflage mit einem neuen Vorwort.

Die erste Auflage dieser Schrift erschien vor zirka 14 Jahren, als der dreihundertste Geburtstag des schwedischen Königs Gustaf Adolf die deutsche Nordpatrioten zu feurigen Hym- nen begeisterte und dieser verwüster deutscher Kultur als der „Vefreier Deutschlands“ gefeiert wurde. Seit längerer Zeit war die Schrift vergriffen; die vielfache Nachfrage veranlaßte diese zweite Ausgabe. Im Vorwort zu dieser entgegnet der Verfasser einigen Kritikern seiner Schrift.

Es ist ein Kapitel aus der Geschichte des dreißigjährigen Krieges, das Mehring an der Hand der materialistischen Ge- schichtsauffassung entwickelt, jener schauerlichen Episode des deut- schen Volkes, an der mehr als dreiviertel der Bevölkerung zu- grunde gegangen sind und die Deutschland um zwei Jahrhunderte in seiner Entwicklung zurückgeworfen hat. Aus jener Zeit zu lernen ist auch den heutigen Arbeitern zu empfehlen.

Preis 1 Mark, Volksausgabe 40 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteur.